

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Braunerstr. 5/6, und durch Buchhändler zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, drei Monate 7.00, ein Jahr 12.00. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interaktionsgebühr beträgt für die einjährige Colonienzeit oder deren Rest 25 Pfennige für Arbeitsmarkt, Vereins- und Besichtigungs-Zwecken 15 Pfennige, Auswärtige Internat 35 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 38.

Breslau, Dienstag, den 14. Februar 1911

22. Jahrgang.

### O weh! Wir haben gesiegt!

Nach dem Sturz der Konservativen in Ost- und Westpreußen darf die Landtagswahl, die am Freitag im bisherigen Wahlkreise des Herrn v. Oldenburg - Januschau, Elbing - Marienburg, vorgenommen wurde, besonderes politisches Interesse beanspruchen. Zeigt sie doch deutlich, daß die bisherigen erregenden Reichstagswahlen, die im preussischen Osten Liberalen an Stelle der bisherigen konservativen Mandatsträger von Siegel, Jansen, durchaus nicht als Ausnahmeerscheinungen waren, sondern daß sich in den nichtsozialdemokratischen bürgerlichen und bürgerlichen Schichten des Ostens ein geistiger Umwandlungsprozeß vollzieht, der bei allen Stichproben das gleiche Resultat liefert. Die bisher konservativen Wählermasse bricht bei allen Wahlen fast mitten durch entzwei, und ein annähernd der Hälfte entsprechender Teil geht in das liberale Lager über. So verlor in Ostpreußen der Konservative von früher 11/2 Tausend Stimmen rund viertausend, die der Liberale gewann. In Westpreußen gingen gar von zwanzigttausend konservativen Stimmen des Jahres 1907 nicht weniger als zwölftausend auf den Liberalen über. Eine ganz ähnliche Erscheinung zeigt sich jetzt auch wieder bei der Landtagswahl in Elbing-Marienburg.

Im Juni 1908 war dort Herr v. Oldenburg mit 468 von 925 abgegebenen Wahlmännerstimmen zum Landtagsabgeordneten gewählt worden. 25 Wahlmänner stimmten damals für den sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen Crispin. Nun legte Herr v. Oldenburg vor kurzem sein Landtagsmandat nieder. Die am 10. Februar vorgenommene Ersatzwahl ergab für den Kandidaten der konservativen Partei und des Bundes der Landwirte, Baefede, 297 Stimmen, sein bürgerlicher Gegenkandidat Schröder erzielte 201 Stimmen. Schröder, der Kandidat der Liberalen und des von den Konservativen abgespaltenen Vaterländischen Wahlvereins ist demnach zwar unterlegen, er hat aber etwa 40 Prozent der bisher konservativen Wahlmännerstimmen an sich gerissen. Also auch hier wieder der Bruch im junkerlichen Lager, der fast durch die Mitte hindurch geht.

Fast zweihundert Wahlmänner, die noch vor drei Jahren für Herrn v. Oldenburg stimmten, haben sich für dessen offiziellen Nachfolger nicht mehr zu erwärmen vermocht. Wie wäre die Wahl wohl ausgefallen, wenn sämtliche Wahlmänner hätten neue gewählt werden müssen, wenn sie unter dem Stimmungsdruck allgemeiner Neuwahlen stattgefunden hätte. Dann wäre der Landtagswahlkreis Elbing-Marienburg, in dem vor drei Jahren einer der wildesten agrarischen Häuptlinge fast ohne Opposition gewählt wurde, heute nicht mehr konservativer Parteibesitz! Deshalb rufen die Junker: O weh! Wir haben zum letzten Mal gesiegt!

Für die kommenden Reichstagswahlen eröffnen sich nunmehr dem allezeit fidelem Januschauer doch recht trübe Aussichten. War doch schon im Jahre 1903 sein Sieg in der Stichwahl mit 11.215 gegen 9344 sozialdemokratische Stimmen alles eher als überwältigend. Bei den Blockwahlen von 1907 erreichte Herr v. Oldenburg allerdings mit 17.296 gegen 6992 Stichwahlstimmen einen kolossalen Vorsprung vor seinem sozialdemokratischen Gegner, im Jahre 1911 wird es aber heißen: Wie gewonnen, so zerronnen. Die Liberalen, die 1903 1740, 1907 3570 Wähler im Kreise mußten, werden wahrscheinlich einen starken Prozentsatz der etwa zwölftausend Oldenburg-Wähler von 1907 zu sich herüberziehen. Die Sozialdemokratie wird daher große Anstrengungen machen müssen, sich im ersten Wahlgang nicht aus der Stichwahl verdrängen zu lassen. Auf alle Fälle wird in ein paar Monaten Oldenburgs Herrlichkeit vorüber sein, wenn auch nur ein Teil der liberalen Wähler begreift, worauf es in der gegenwärtigen Situation vor allem ankommt!

Die Liberalen verdanken ihre Erfolge im Osten freilich nicht ihren Tugenden, sondern den Untugenden der Konservativen. Seine Kreise der Bevölkerung, die von der Junkerwirtschaft amüßigt sind, aber der Sozialdemokratie zum Teil noch mit abergläubischen Vorurteilen gegenübersehen, wissen keine andere Art, ihrem gepreßten Herzen Luft zu machen, als indem sie eben liberal wählen. Unter diesen Umständen wird alles darauf ankommen, ob der Liberalismus die sich ihm ganz unerwartet und ohne eigenes Verdienst bietende Chance nach Kräften ausnützt oder ob er vor der kommenden Abrechnung in das alte Sorglosigkeitsverhältnis zum Junkertum herabsinkt.

Es liegt in der Hand des Liberalismus, dem Junkertum bei den nächsten Reichstagswahlen eine Niederlage bereiten zu helfen, von der er sich nicht wieder erholen kann. Wenn die Junker nächstens buchstäblich aus dem Reichstage hinausfliegen, muß es auch mit der Wahlfreiheit, die heute im Sturmschritt vorwärts geht. Vor den Landtagswahlen von 1913 muß die preussische Wahlreform gemacht werden, und dann gibt es großes Reimemachen auch in der preussischen Landstube! Es kann nur immer und immer wieder wiederholt

werden: So weit auch die Sozialdemokratie davon entfernt ist, die Utopie eines liberal-sozialdemokratischen Blocks im Reichstag ernst zu nehmen, so entschieden ist sie auf der anderen Seite bereit, alles zu tun, um den Zusammenbruch der preussischen Junkerherrschaft vollständig zu machen. Selbst die Voraussetzung, daß ein schwächlicher und gänzlich unzuverlässiger Liberalismus aus der Niederlage der Konservativen zunächst den größten Vorteil ziehen wird, kann sie nicht veranlassen, von diesem als notwendig und richtig erkannten Weg um Saarebreite abzuweichen. Versteht aber der Liberalismus auch diesmal, dann wird es nach den Wahlen von 1911 Zeit werden zu einer Generalabrechnung mit ihm. Zerfall und Zerfall wird dann sein Schicksal sein.

### Politische Uebersicht.

#### Die Drohung mit dem Nichts.

Seit der Verächter demokratisch flacher und roher Sitten, der unsichtbare Herr Theobald v. Bethmann-Hollweg, das Reichschiff lenkt, haben sich im Verkehr der Regierung mit dem Reichstag Manieren eingebürgert, die sich die deutsche Volksovertretung schwerlich noch lange wird gefallen lassen dürfen, wenn ihr Ansehen beim Volke nicht unheilbaren Schaden leiden soll. Kaum daß der Reichstag irgend eine Forderung eines Regierungsentwurfes in Vorschlag bringt, so wird ihm schon in fleißigstem Kasernenhospiten bedeutet, daß er das zu unterlassen habe, andernfalls würde der ganze Handel umsonst, alle aufzuwendende Mühe vergebens bleiben. Immer und immer wieder wird vom Regierungstisch erklärt, diese oder jene vom Reichstag getroffene Bestimmung sei „unannehmbar“ und müsse schleunigst wieder rückgängig gemacht werden, sonst sei die ganze Arbeit für die Kasse gemacht.

Mit dem „Unannehmbar“ erpreßte die preussische Regierung u. a. den Verzicht auf die Selbstverwaltung der ländlichen Krankenkassen und die Befreiung der Fürsten von der Wertzuwachssteuer. Diese Erfolge, die man der Schwächlichkeit der maßgebenden bürgerlichen Parteien verdankte, ließen dem preussischen Herrentum den Mut in der Brust so mächtig schwellen, daß es nun bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit hörbar mit dem Revolver knackt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt in ihrer letzten Wochenschau gleich für zwei Fälle die stereotypische Drohung: Entweder der Reichstag pariert oder das Gesetzewerk scheitert.

Zu dem Beschluß des Reichstags, auch in der Berufungsinstanz Laienrichter zuzuziehen, wird einfach gesagt:

Es ist dringend zu wünschen, daß der Reichstag bei der dritten Lesung eine Stellungnahme einer Forderung unterzieht. Denn daß speziell in der Frage der Mitwirkung von Laienrichtern in der Berufungsinstanz ein Nachgeben der veränderten Regierungen ausgeschlossen ist, darüber kann nach dem Gange der bisherigen Verhandlungen kein Zweifel bestehen.

Ganz abgesehen von der Unverschämtheit des Bediententons, den der Leibschreiber des Herrn von Bethmann-Hollweg da gegenüber der Vertretung des deutschen Volkes anichlägt, beruhen auch seine tatsächlichen Behauptungen auf arößtlicher Unwahrscheinlichkeit. Der knackende Revolver ist diesmal gar nicht geladen, denn der Bundesrat ist weit davon entfernt, in der Frage der Laienrichter in der Berufungsinstanz einer Meinung zu sein. Einige Bundesratsvertreter, vor allem die bayerischen, sind schon vor der Beschlussfassung des Reichstags für Laien als Berufungsrichter eingetreten. Wenn der Reichstag nun seinen Beschluß aufrecht erhält, so werden sie hoffentlich Mannes genug sein, im Bundesrat kräftig für die Gesetzgebung des so veränderten Entwurfes einzutreten. Die preussische Regierung handelt also nicht nur gegen den Reichstag, sondern auch gegen die anders denkenden Regierungsvertreter im Bundesrat durchaus loyal, wenn sie durch Mittel der Einschüchterung ihren Willen durchzusetzen ver sucht.

Der zweite Fall betrifft Elb-Lothringen. Die Reichstagskommission hat die Erhebung der Reichslande zum Bundesstaat beschlossen. Der preussischen Regierung paßt das nicht, flugs läßt sie ihre „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreiben:

Im Sinne der Ausführungen des Herrn Reichstagslers in seiner Rede vom 28. Januar möchten wir auch an dieser Stelle erneut u. o. dringend vor der Fälligkeit des „Alles oder Nichts“ warnen; die nicht zum Ziele führen würde.

Natürlich fällt es dem armen Reichstag garnicht ein, sich auf den Standpunkt des „Alles oder Nichts“ zu stellen, das tut vielmehr die preussische Regierung, indem sie protzig erklärt: „Ihr müßt alles so machen wie ich will, oder es gibt überhaupt nichts.“

In diesen ortsgelegten offiziellen Drohungen mit einer Politik der starren Negation, zu denen die preussische Regierung vom Bundesrat in keiner Weise autorisiert ist, liegt ein Maß von Dreistigkeit und Anmaßung, das kaum noch zu überbieten ist. Man muß sich da bei fragen, was denn überhaupt noch ein Reichstag notwendig sein soll, wenn alles, bis auf das letzte Tipfelchen über dem i genau so ge-

macht werden muß, wie die preussische Regierung es befiehlt. Es ist für die bürgerlichen Parteien des Reichstags höchste Zeit, den preussischen Diktatoren ein ganz entschiedenes „Bis hierher und nicht weiter!“ zuzurufen. Sonst kann es ihnen leicht passieren, daß man sie bei den nächsten Wahlen mit Gelächter heimlich. Denn darin ist doch wohl das ganze Volk einig, daß es im Reichstag Männer haben will, die wissen was sie wollen, keine Rekruten, die auf dem Exerzierplatz der Gesetzgebung marschieren und einschwenken, wie der kommandierende Major befiehlt.

### Wohnungsjürsorge und Wohnungsjflaverci.

Am Sonnabend nahm das Abgeordnetenhausein Gesetz an, wodurch 12 Millionen Mark zu Wohnungsbau und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Staatsarbeiter und geringverdienenden Staatsbeamten bewilligt werden. Bekanntlich sind die Wohnungsbauten der Kapitalisten zumest ein Danaergeschenk für die Arbeiter. Sie sollen weniger dem Zwecke dienen, die Arbeiter gesund wohnen zu lassen, als vielmehr sie an das Unternehmen zu fesseln. Vielfach sind ja die Unternehmer geradezu gezwungen, Wohnungen zu bauen, um überhaupt erst den Aufenthalt der nötigen Arbeiterzahl am Orte zu ermöglichen. Man hat keinen Grund zu der Annahme, daß der preussische Staat als Unternehmer irgendwie weniger kapitalistisch und weniger unternehmerhaft vorgehen würde, als irgend ein Fabrikant oder die Leitung einer Aktiengesellschaft. Gerade die Eisenbahnarbeiter und Postbeamten wissen das sehr genau, denn die preussische Regierung gebraucht ja ihre wirtschaftliche Uebermacht dazu, ihren Arbeitern und Angestellten das reichsgesetzlich verbürgte Koalitionsrecht einfach zu konfiszieren, und wo die Öffentlichkeit des Wahlrechts dies ermöglicht, wird ja sogar die Ausübung dieses obersten Staatsbürgerrechtes nach den maßgebenden Polizeiprinzipien kontrolliert und eventuell auch geahndet. Genosse Siefich hatte also ganz recht, wenn er der Vorlage nur mit dem größten Mißtrauen entgegen trat und wenigstens einige von den zahllosen Fällen, wo die Wohnungsjürsorge zur Wohnungsjflaverci geworden ist, vorführte. Auffallend ist, daß ein Nationalliberaler, der Abgeordnete Schröder-Kaefel, ebenfalls einen Mißbrauch der Wohnungsjürsorge in dem besprochenen Sinne für unzulässig erklärte. Sollte das die vielen reaktionären Streiche, die sich die Nationalliberalen zuletzt bei der Strafprozessreform im Reichstage, geleistet haben, einigermaßen verbunkeln?

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung war die Vorlage, wonach eine Anleihe zur Vergrößerung des staatlichen Bergwerksbetriebes aufgenommen werden soll. Hierbei sprach der Nationalliberaler Macco entschieden gegen jede Ausdehnung des staatlichen Bergwerkseigentums. Der Staat macht ihm zu wenig Profit, weil er nicht so billig wirtschaften kann, wie die Privatausbeuter. Genosse Hoffmann zeigte, daß der Staat die besten Gelegenheiten, sich reiche Einnahmequellen zu erschließen, verläumt hat. Er kündigte für die Besprechung des Berggesetzes eine gründliche Kritik an, vertrat aber auch hier schon die Forderung auf Verstaatlichung des Bergbaues, die um so eher die Allgemeinheit für sich gewinnen werde, je besser der Staat für Gesundheit, gute Entlohnung und gute Behandlung seiner Arbeiter sorge.

Nachdem das Haus noch in die zweite Lesung des Etats des Innern eingetreten war, wurde die Weiterberatung dieses wichtigsten Gegenstandes auf Montag vertagt.

### Ein konservativer Wahltrieb.

Etwa 24 Mann stark, also so ziemlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit, hat Herr Camp nicht mit Unrecht sagte, verhandelte am Sonnabend der Reichstag über eine konservative Interpellation, die beweglich über die Ueberforderung des heimischen Geldmarktes mit auswärtigen Papieren Klage führt. Die ganze Interpellation ist weiter nichts als eine Haife-Spekulation auf intellektuellen Tiefstand zurückgebliebener Wählermassen. Nach gewissen ostpreussischen Wahlen zu schließen, dürfte aber dies politische Börsenmandöver verwickelter Bankrotteure herzlich schlechten Erfolg haben. Im Munde der Leute, die durch Hochschuld und Ausfuhrschätze dafür sorgen, daß deutsche Produkte im Auslande billiger verkauft werden, als im Inlande, der Leute, die die Roggenfelder Ostpreußens, die Rübenfelder von Magdeburg und die Bergreviere Westfalens mit auswärtigen Arbeitern überschwemmen, die bereits sehnsüchtig nach östlichen Ausflügen ausspähen, im Munde dieser Leute nimmt sich die Klage über das „internationale“ Kapital, grotesk-komisch aus. Unter Fraktionsredner, Genosse Frank, verhehlte denn auch nicht, diese politische Heuchelei gebührend festzunageln. Die Sozialdemokratie hat durchaus keine Veranlassung, die Politik der Großbanken zu verherrlichen; ebensowenig aber hat sie Ursache, die demagogische Auffrischung mercantilistischer Grobkaufmann zu begünstigen, mit der Landwirte, Händler und Kleinrentner Stimmengang treiben wollen. Dem Kampfe zwischen Land und Landwirtschaft steht sie mit Gefühlen zu. Die Landwirte sind bei dem durch keine unbedeutend geworden Streit zwischen Land und Markt entstanden.



Jedem welches praktische Ergebnis hatte natürlich die ganze Aktion der Konservativen in keiner Weise. Herr Delbrück war sehr verbindlich gegenüber den Kritikern, aber seine Versprechungen waren doch recht unverbindlich. Schließlich kann auch die Regierung Bethmann doch nicht den Agrariern zuliebe die ganze kapitalistische Entwicklung aufhalten. Im Ernst verlangen das übrigens die Junker auch nicht. Auch sie wissen die Kapitalisten zu schätzen. Aber das Schlimmste auf das mobile Kapital gehört nun einmal zum Wesen der Feudaldemagogie. Wenn es not tut, finden sich Landbarone und Bankbarone, wie sich Geschickte und Torsurrierer finden. Die Sitzung, die schon am Vormittag begann, schleppte sich ungeduldig bis in die Abendstunden, weil der nationalliberale Fraktionsbenjamin und Schokoladenindustriestiefemann, der langjährige Zoll-Sped vom Zentrum und der unermüdliche Sohn kein Ende ihrer ellenlangen Ausführungen finden konnten.

**Mit Jagow unzufrieden...** Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt einer Zuschrift „aus der Berliner Bürgerschaft“ Raum, in der eine lebhafteste Unzufriedenheit mit dem Polizeigewaltigen Berlins zum Ausdruck kommt. Mit ebler Entrüstung wird festgestellt, daß die meisten Berliner Tageszeitungen aus Anlaß der Totenfeier für Paul Singer „vollständig das Gefühl für ihre Pflicht gegen die Mehrheit der Berliner Bevölkerung“ verloren hätten.

Überall faßt man einen förmlichen Wettstreit in der Berichterstattung über das Singersche Begräbnis. Die unparteiischen und nationalliberalen Blätter hätten die Aufgabe gehabt, darauf hinzuweisen, daß die Vereidigung Singers der Sozialdemokratie ein willkommener Mittel zur Demonstration war.

Schlummer noch als die Presse habe Herr v. Jagow gesündigt:

Die Komplimente, die sich der Polizeipräsident von der sozialdemokratischen und der ihr nahe verwandten linksdemokratischen Presse weihen, keines Entgegenkommens gegen die sozialdemokratischen Demonstrationen wolle, waren wohlverdient. Es wäre aber besser gewesen, wenn es nicht zu diesen Komplimenten gekommen wäre... Es muß ausgesprochen werden, daß der Polizeipräsident mit (i) der Mehrheit der Berliner Bevölkerung kein Verständnis gefunden hat.

Es ist ein hartes Mißbehagen vorhanden, das das national gesinnte Bürgertum überkam, als es sah, daß Herr v. Jagow es zuließ, wie die Sozialdemokratie die Schaulust der Menge zu Propagandazwecken benutzte, um den falschen Anschein zu erwecken, daß es sich hier um eine Großmacht im Staat und im internationalen Leben handele. Er mußte seinem eigenen Wahlpruch treu bleiben und „die Straße dem Verkehr“ überlassen...

Er dürfte nie die Erlaubnis zum Präsentieren der rein nationalpolitischen reden, weil er und bei anderen Gelegenheiten immer im Gedächtnis zurückrufen möchte, daß sie das Symbol der Staatsfeindschaft sind und dazu noch ein. Kann und der Polizeipräsident die Befähigung geben, daß er über genügende Mittel verfügt, um Ordnungshörungen, die bei Anwesenheit einer Menschenmenge von 100.000 Personen durch Anhebung leicht entstehen können, sofort ohne Verlust an Gut und Leben zu unterdrücken... Herr v. Jagow ist Berliner Polizeipräsident und hat demzufolge gewiß mit der Behörde der Berliner zu rechnen, er muß aber auch ihre Schaulust zu zügeln den Mut haben, wenn es das Staatsinteresse erfordert, denn er ist für die Behörde und in erster Linie dem Lande Rechenschaft schuldig.

Die „Deutsche Tageszeitung“ will sich mit diesem Klageschrei aus der Tiefe der „Berliner Bürgerschaft“ nicht unbedeutend und in jedem Worte „identifizieren“, er erscheint ihr aber doch „als ein beachtenswerter Ausdruck einer im allgemeinen durchaus gerechtfertigten Stimmung und Sorge.“ Jagow wird sich bekümmert haben müssen, daß er trotz seiner Orden immer mehr an Boden verliert. Er kann es seinem Recht machen. Seine Getreuesten werden an ihm irre...

**Der Profit in Gefahr.** Der Entwurf des Heimarbeitergesetzes hat unter den Unternehmern, die aus der Ausbeutung der Heimarbeiter bisher feste Gewinne gezogen haben, keine geringe Aufregung hervorgerufen. Sie über-

schwimmen den Reichstag mit Eingaben, in denen die Hilfsbedürftigkeit der Heimarbeiter rundweg abgestritten wird. Dabei schließen sie mit Vorliebe die Handelskammern vor, in der Absicht, ihr persönliches Interesse nach Möglichkeit zu verdecken. So sagt die Handelskammer von Oberfranken in ihrer Eingabe:

„Wir betonen nochmals, daß die Einrichtung von Lohnämtern in der Heimarbeit, die Anstellung von Mindestlöhnen durch dieselben und das öffentliche Ausschreiben von Lohnabstellen, die alle für die einzelnen Arbeiter geübten Löhne enthalten sollen und ähnliche Maßnahmen den Fabrikanten sehr bald die Möglichkeit nehmen würden, Heimarbeiter zu beschäftigen, denn in der Lohnfestlegung muß unbedingt dem Fabrikanten freie Hand gelassen sein, er muß sich nach den Konkurrenzverhältnissen, nach der Konjunktur, nach dem Weltmarktpreis richten können, er muß auch seine diesbezüglichen Entschlüsse rasch fassen können, wenn er überhaupt auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben will. Wird den Fabrikanten aber die unangenehme Bewegungsfreiheit genommen, so beschäftigen sie keine Heimarbeiter mehr und damit kommt Not und Elend in viele tausend Familien.“

Wollen die Fabrikanten etwa dann die Arbeit selbst machen? Gerade Oberfranken mit seiner Hausindustriell betriebenen Schuhfabrikation, Weberei und Stickerel ist der dort üblichen schlechten Löhne wegen berüchtigt.

**Ueber Meineide** schreibt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

Wenn man dennoch des dilettanten Polizeibeamten ihre Zeugenpflicht mit einer gewissen Sorglosigkeit genügen läßt, so sind dies hauptsächlich solche die häufig an Gerichtsstellen erscheinen. Sie werden mit der Zeit gegen diese Gefahr abgestumpft. Das ist psychologisch wohl erklärlich. Warum fallen so viele Eideschwüre ihrem Beruf zum Opfer? Weil sie mit der Zeit gleichgültig gegen die Berufsaufgabe werden, in der sie täglich stehen. Gleiches läßt sich hier auch von dem Polizeibeamten sagen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt zu dem Thema:

„Am wichtigsten aber erscheint die Harteilung der Meineidverbrechen an die Strafkammer. Die unbedeutende Ausnahme der Eidesverletzungen kann abgemildert gar nicht bestraft werden. Die Kriminalpolitik beweist hier wenig; denn die allermeisten Eidesverbrechen gelangen gar nicht zur Anklage und Aburteilung. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Staatsanwaltschaft nirgends so sehr die Flügel hängen läßt, als bei der Verfolgung der Meineide — und zwar eben infolge der schwurgerichtlichen Zuständigkeit.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht nicht von der Zeugenpflicht der Schulleute...

**Ein Feind des Zentrums.** In der Renaissanz seines Buches „In der Rheinland“ beschäftigt sich Heinrich Hansjakob, der als Volkschriftsteller weithin bekannte Freiburger Stadtpfarrer, in wenig schmeichelhafter Weise mit dem Zentrum. Hören wir:

Das Zentrum hat die Massen hinter sich aus religiösen Gründen, weil es auch die Verdrängung der Religion auf seine Fahne geschrieben und die Sozialdemokratie aus sozialen. Eine Volkspartei ist aber in unruhigen Tagen das Zentrum heute worden nicht mehr, weder im Reichstag noch im Landtag. Es scheint an sehr politisch und religiös nach den bestehenden oberen Herrschaften und hat diesen gegenüber selten oder gar nie freies Wort.

**Ueber die Tätigkeit und Kampfmethode des politischen Katholizismus** urteilt der Freiburger Stadtpfarrer folgendermaßen:

Der politische Katholizismus heißt: Stets recht haben und nie Unrecht leiden wollen, auch wenn die Religion noch so sehr darunter leidet. Er heißt: Nicht nachgeben, bis die Ferde und Geißel sich unterwerfen und wenn indes noch viel zugrunde geht. Dieser politische Katholizismus ist es, der den Fremden nicht mehr kennt, wenn er noch so viel für ihn getan und gearbeitet hat und der schließlich alles vergißt und einen von sich läßt, sobald man aufhört ihm Hindernis zu sein. Von ihm kann man mit Gewißheit sagen:

Haber du das Haar hundert Jahr,  
Dann fall hinein.  
Früher dich mit Haut und Haar.  
Hinterher, es gehört harter, jester Glanz und treue Liebe zu  
kann nicht dazu, um nicht irre zu werden bei solchen Vorurteilen.  
Da ist kein Wort der Milde, der Nächstenliebe,  
der wohlwollenden Verhütung gegen den, der nicht mit tut in alleme

oder gefehlt hat, sondern er wird nur gereizt und immer gereizt. Ich begreife jetzt, wie schon mancher hinausgetrieben wurde aus der Kirche, wie mancher Glauben und Glaubensübung heilste war, weil der politische Katholizismus ihn dazu brachte durch die Maßlosigkeit und Maßlosigkeits seiner Vertreter.

Eine außerordentlich treffende Kennzeichnung! Und der so urteilt, ist viele Jahre hindurch badischer Landtagsabgeordneter des Zentrums gewesen, er ist strenggläubiger Katholik, überdies ein Mann von erheblicher literarischer Bedeutung. Allerdings hat dieser Freiburger Stadtpfarrer noch immer den Mut zur Wahrheit gehabt.

**Ein politischer Meineidprozess** hat am Mittwoch von dem Schwurgericht zu Weiden stattgefunden, über den die „Rh.-Westf. Ztg.“ folgendes berichtet:

In dem westfälischen Dorfe Domesheim (Reichstagswahlkreis Pirmasens) ereignete zur Zeit der letzten Gemeinderatswahl ein mit dem Namen der liberalen Kandidaten unterzeichnetes Flugblatt, in dem die Arbeiter beschimpft wurden. Die liberalen Kandidaten bezeichneten das Flugblatt sofort als eine von politischen Gegnern ausgehende Fälschung. In einer Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Weiden beschieden die Richter den Führer der Domesheimer Zentrumspartei Fritz, daß er das gefälschte Flugblatt weder verfaßt noch in Druck gegeben habe, noch daß er wisse, wer der Verfasser und Verteiler des Flugblattes sei. In seiner Zeit war bereits bekannt geworden, daß das gefälschte Flugblatt in der Druckerei der ultramontanen „Westfälischen Zeitung“ gedruckt worden war. Der Faktor der „Westfälischen Zeitung“ machte als Zeuge die Aussage, daß jener Fritz das Flugblatt bestellt habe. In der Schwurgerichtssitzung handlung gegen Fritz wegen Meineids gab Fritz nun an, das Flugblatt im Auftrag eines Mannes, den er nicht nennen wollte, in der Druckerei bestellt zu haben. Der katholische Pfarrer Graf, der auf Antrag des Staatsanwalts, da gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen Fälschung zum Meineide eingeleitet, unbedeutend vernommen wird, gibt an, daß er den Verfasser des Flugblattes kenne, aber ihn nicht nenne, weil er ihn in Ausübung seiner Seelsorge kennen gelernt habe. (i) Fritz wurde wegen Meineids unter Jubilation des Saals zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde hinsichtlich der Bemessung des Strafmaßes ausgeführt, daß Fritz wahrscheinlich das Opfer eines Dritten geworden sei.

Diesmal handelt es sich um fromme Zentrumskräfte, die kann man das Vermeint über sozialdemokratische Abmachung des Eides nicht anstimmen.

**Pantbeamen- und Pensionsversicherungsreform.** In Berlin nahm am Donnerstag eine stark besuchte Versammlung der Berliner Pantbeamen zu dem Entwurf über die Pensionsversicherung der Pensionsangehörigen Stellung. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Versammlung erklärt einmütig, daß sie in dem Regierungsentwurf nur die Pensionsversicherung der Pensionsangehörigen eine Lösung der bedeutenden sozialpolitischen Aufgabe nicht erblicken kann. Namentlich hat die Stellung des Entwurfs zur Frage der Zulassung von Pensionsangehörigen die Pantbeamen schwer enttäuscht, und die Versammlung erbt gegen die betreffenden Bestimmungen nachdrücklich Einspruch. Wenn dieser Entwurf Gesetz werden sollte, dann würde einer großen Zahl von Angehörigen die Möglichkeit einer besseren Alters- und Invalidenversorgung, als die Staatskasse in Aussicht stellt, ohne zuwiderkommen Grund genommen, mindert aber erheblich verweigert.

**Das Kampfbild der badischen Fortschrittler.** In dem badischen Wahlkreis zwischen dem Nationalliberalen und der fortschrittlichen Volkspartei sind drei Wahlkreise, Freiburg, Friburg und Karlsruhe, der Fortschrittliche Volkspartei als Kampfbild übergeben worden. Nach der „Rheinischen Zeitung“ hat der Professor Dr. von Schulze-Gävernitz, der seit 16 Jahren an der Universität Freiburg wohnt, die Kandidatur für den Wahlkreis Freiburg angenommen, der von den drei oben erwähnten Kreisen „am meisten Aussicht auf Erfolg bietet“. Im Wahlkreis Freiburg wurden in der Hauptwahl 1907 13.495 Zentrumskräfte, 10.519 nationalliberale und 622 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. In der Stichwahl siegte das Zentrum mit 15.592 gegen 12.587 nationalliberale Stimmen.

**„Zum Studium der Arbeiterfragen.“** Am Sonnabend beschäftigte sich das Landesökonomienologium mit der Arbeiterfrage. Prof. Sering übte aus, daß die Qualität der landwirtschaftlichen Arbeit durch die ausländischen Arbeiter herabgedrückt werde. Die Landarbeiternot könnte nur dadurch behoben werden, daß man dem Arbeiter mehr hiezu als bisher, ihm die Möglichkeiten gebe, vorwärts zu kommen und sich selbständig zu machen. Zu der Diskussion wählte ein Herr v. Rankau gegen die Sozialdemokratie, die kein Recht zur parlamentarischen Mitarbeit habe!!

Nach ziemlich ausgedehnter Debatte wurde schließlich ein Antrag Serings angenommen, der vorschlägt, eine Kommission von fünf Mitgliedern zum Studium der Arbeiterfragen zu wählen. Im übrigen

## Die Heye vom Triesnerberg.

Eine Erzählung aus Nichtensteins buntem Leben von Marianne Waldorf.

24) (Nachdruck verboten.)

Dem Seph stand die fröhliche Sonne zu Ferge vor Angst, nicht auszuweichen war es, rein nicht auszuweichen. Er legte die Hand an den Mund und schrie ein unangenehmes, jämmerliches „Moi, Moi!“ durch die Nacht.

„Gottlieb, die Unruhe ist, wenn auch aus weicher Ferne, der Alois leidet und das Gretli auch, aber der Sturz hatte sie weit, weit weggetrieben, und die beiden waren auch immer weiter gelangt, als wenn sie ihn dadurch am besten hätten unterstützen können. Der Tod hätte sie noch nicht getötet, sie hätten leben.“

Die aus demselben Betäubung erwachten sie und gewachten mit Entsetzen, daß sich ein Fremder mitten unter ihnen befände. Der alles ein Traum gewesen, ein böser, böser Traum? Das Unrecht mit seinen Schrecken, die Wille, die Donnerstöße, das Grauen und Kränzen, das Leben und Weiden, das Niederstürzen des Hengst, das Kränzen und Kränzen der Föhren, das Niederstürzen des Strohbaus in den Gängen?

Und das andere, was es auch ein Traum?

Selten sie sich dem Götze gegenüber und den gemächlichen Gerichten hatten sie sich in den Armen geliegt, ein das andere sei unglücklich gewesen?

War es ein Traum gewesen?

Schon hat das Mädchen den Blick zu dem Burschen auf. Auf dessen Gesicht lag ein großer Ernst.

Er sag sie mit sich fort in der Richtung, wo die Hütte stand.

Da war auch der Seph. Er starrte auf sie zu und schrie wieder sein „Moi, Moi!“

Dann sah er zu dem Burschen.

„War das ein großer Witz?“, fragte er mit einem Blick, der sie in den Augen des Mädchens wie ein heißes Eisen sah. „Ich habe dich nicht gesehen, gar nicht, gar nicht, wie er sagte, der Bursche, in der Hütte stand er, groß, mächtig, und ich habe immer noch die Wille behalten.“

Er schaute sie ein paar mal an, dann schaute er zu dem Burschen auf. „War das ein großer Witz?“, fragte er mit einem Blick, der sie in den Augen des Mädchens wie ein heißes Eisen sah. „Ich habe dich nicht gesehen, gar nicht, gar nicht, wie er sagte, der Bursche, in der Hütte stand er, groß, mächtig, und ich habe immer noch die Wille behalten.“

„War das ein großer Witz?“, fragte er mit einem Blick, der sie in den Augen des Mädchens wie ein heißes Eisen sah. „Ich habe dich nicht gesehen, gar nicht, gar nicht, wie er sagte, der Bursche, in der Hütte stand er, groß, mächtig, und ich habe immer noch die Wille behalten.“

und dem Jos Müli, wie das Unrecht hier Schaden angerichtet hat. Sie wußten ja schon selbst, daß der Stall wieder gemacht wird; das Vieh leidet noch bei der Hitze. Und sag ihnen auch, daß der eine junge Eiter verendet ist.“

„Da war das Gretli nicht wenig erschrocken.“

„Ja, möglich, Alois?“

„Er hatte die Schilten und war ganz ernst.“

„Es ist, wie ich sage, Gedulden haben wir ihn, der Seph war ich, weit hinten an den Gängen, vom herabstürzenden Geröll überdeckt. Das unheimliche Tier ist selbst in sein Becken gekommen. Alle anderen sind wieder im Stall. Geh, Gretli, es ist ja.“

Kein Wort sprachen sie von Liebe, sie drückten sich die Hände und sahen sich in die Augen; das war genug so, es war keine Zeit, an Liebe zu denken.

**8tes Kapitel.**

Die Stina hatte gar eng schwarze Gedanken. Als sie den Anna Stroh hörte, daß der Alois krank und das Gretli hin nach Malbun gegangen sei, um ihn gesund zu machen, wurde sie unruhig.

Das Gretli hatte Alois? Der Letzte, was da geschah?

Die Stina hatte den ganzen Tag geweint und geschluchzt, daß es nicht der sonst sehr behaglichen Verbann zu viel wurde.

„Geh doch auf mit dem ewigen Gott“, sagte sie und ließ sich die Ohren zu. „Was jammert dich, ich jammere. Und es hat mich nie ein gutes Ged’ bekommen, wenn ein immer nur den Kopf nach dem Himmel und nach unten schau.“

Da hatte die Stina die Lippen plötzlich angeworfen.

„Was das Ende ist, Bote? Nicht für’s nicht? Hochzeit ist’s, und gar mit dem schönsten Burschen im Dorfe. Das ist das Ende, he?“

Und sie jung und lachte mit noch lauter und tat noch übermütiger als sonst.

„War das ein großer Witz?“, fragte er mit einem Blick, der sie in den Augen des Mädchens wie ein heißes Eisen sah. „Ich habe dich nicht gesehen, gar nicht, gar nicht, wie er sagte, der Bursche, in der Hütte stand er, groß, mächtig, und ich habe immer noch die Wille behalten.“

„War das ein großer Witz?“, fragte er mit einem Blick, der sie in den Augen des Mädchens wie ein heißes Eisen sah. „Ich habe dich nicht gesehen, gar nicht, gar nicht, wie er sagte, der Bursche, in der Hütte stand er, groß, mächtig, und ich habe immer noch die Wille behalten.“

„War das ein großer Witz?“, fragte er mit einem Blick, der sie in den Augen des Mädchens wie ein heißes Eisen sah. „Ich habe dich nicht gesehen, gar nicht, gar nicht, wie er sagte, der Bursche, in der Hütte stand er, groß, mächtig, und ich habe immer noch die Wille behalten.“

„War das ein großer Witz?“, fragte er mit einem Blick, der sie in den Augen des Mädchens wie ein heißes Eisen sah. „Ich habe dich nicht gesehen, gar nicht, gar nicht, wie er sagte, der Bursche, in der Hütte stand er, groß, mächtig, und ich habe immer noch die Wille behalten.“

„Nicht zu denken war“ es gewesen! Dennoch wurde sie die geheime Angst nicht los. Da stellte sie sich hinter Jos Müli.

„Vater, Ihr habt es gehört, am Malbun ist der Alois krank; da wäre es an der Zeit, daß Ihr einmal schauen gingt, wie es um ihn steht. Das ist nicht mehr wie Christenpflicht.“

Jos Müli blinzelte mit den Augen und sah seine große, kräftige Tochter mit verschämtem Lachen im Gesicht an.

„Für Christenpflicht, Stina? Meinst du wirklich, nur aus Christenpflicht soll’ ich nach dem Alois schauen?“

Sie versetzte ihm einen leichten Schlag und drehte ihn den Rücken zu.

„Gehabha, Christenpflicht!“ lachte der Jos, denn er war aus gelohnt und das Götze mit dem Mädchen machte ihm obenbrein Spaß. Wie die doch schon eine Sorge um den Liebsten hatte! Aber ihm wollte sie weismachen, daß es Christenpflicht sei, nach dem Alois zu sehen.

„Aber die Sache war’ zu überlegen. Schaden kommt’ es immerhin nicht, wenn er sich mal auf Malbun sehen liebe und auch so hinten herum, so ganz dummerweise zu erfahren suchte, ob der Jakob Stroh auch seine Sach’ bei dem Ruben richtig angefangen hätte.“

Und was der für ein Gesicht dazu machte, der Alois?

„Du, Stina, ich meinet, ich geh’ wirklich nach Malbun und seh’ nach dem Alois.“

Da war die Stina zufrieden.

Auf dem Triesnerberg hatte man nichts von dem Unwetter, das in der Nacht über Malbun hereingebrochen war, wahrgenommen. Dieser Nacht folgte ein klarer, schöner Wintermorgen.

„Sohn frühzeitig machte sich Jos Müli auf den Weg nach Malbun, um sein Vorhaben, dem kranken Alois zu besuchen, auszuführen. Lange noch sah ihm die Stina nach; ihr Herz war heute Morgen ein klein wenig ruhiger. Sie schlug sich die schwarzen Gedanken aus dem Kopfe; es konnte nicht sein, das, was sie von dem Burschen und dem Gretli dachte; so einem würde der Rub schon nicht sein, daß er sich an so eine hing, die nichts hätte, nicht einmal einen christlichen Namen. Um das Krankenbett des Alois grünte sie sich nicht allzu viel; sie war selbst eine kerngesunde, derbe Natur, die nicht begreifen konnte, daß jemand so „schwachlich“ sein und krank werden könne. Was sollte das auch viel sein mit dem Krankenbett des Alois? Ein Gucken? Nun die Männerwelt machen um ein bißchen zu sein gleich einem Epistol; das ist kann nur halb in schämen, da braucht man noch lange nicht ans Sterben zu denken.“

(Fortsetzung folgt.)











# 1. Beilage zu Nr. 38 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 14. Februar 1911.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 13. Februar.

### Geschichtskalender.

14. Februar.

1468 Johann Gensfleisch zum Gutenberg, der Erfinder der Buchdruckerkunst †.

### Für 10.000 Mark Bausteine!

Die Preßkommission der „Volkswacht“ hat am Sonntagabend im Einverständnis mit dem Verleger beschlossen, sich an der Zeichnung für den Baufonds des Gemischtschulhauses mit einer ersten Rate von 10.000 Mark zu beteiligen. Dadurch schnellst der bereits gezeichnete Fonds auf 24.000 Mark, fast ein Viertel der erforderlichen Summe, in die Höhe!

Das Beispiel der „Volkswacht“ wird sowohl die Gewerkschaften als auch viele Einzelstähler antreiben, sich mit kleineren oder größeren Summen bei den Genossen Seymann oder Rasch einzufinden um mit weiteren Beiträgen die Bauzeit unseres neuen Hauses etwas näher zu rücken.

Wer ist der nächste?

### „Museum und Sparsverein „Vorwärts“.

Unseren sämtlichen Funktionären zur Kenntnis, daß die Flugblatt-Verbreitung Donnerstag, den 16. Februar, Abends 7 Uhr, von den unten näher aufgeführten Lokalen aus veranstaltet wird. Ebenso nimmt die Hausagitation Sonntag, den 19. Februar, von diesen Lokalen aus ihren Ausgang.

Die Funktionäre werden gebeten, sich sowohl Donnerstag, Abends pünktlich um 7 Uhr, wie auch Sonntag, früh pünktlich um 9 Uhr, in folgenden Lokalen einzufinden, wo das Material ausgegeben wird:

- |                         |                         |
|-------------------------|-------------------------|
| Kronprinzenstraße 44.   | Enderstraße 6.          |
| Historiastraße 94.      | Delenerstraße 8.        |
| Gebäckereistraße 74.    | Michaelistraße 26.      |
| Luisenstraße 13.        | Bauhofstraße 42.        |
| Siebenhüfenerstraße 19. | Sirachstraße 63.        |
| Pragstraße 15.          | Gewinnstraße 10.        |
| Mühlstraße 96/98.       | Gemeinschaftshaus.      |
| Frankfurterstraße 31.   | Südenstraße 80.         |
| Leutherstraße 12 14.    | Bobrukerstraße 70.      |
| Leutherstraße 62.       | Reudorfstraße 99.       |
| Hildebrandstraße 28.    | Sadamstraße 8.          |
| Wesendstraße 26.        | Kerberstraße 7.         |
| Wesendstraße 58.        | Kupferhammerstraße 21.  |
| Potereistraße 61.       | Brommstraße 2.          |
| Wesendstraße 52/54.     | Wärenstraße 28 (Lager). |
| Klettschlastraße 33.    | Schönstraße 21.         |
| Mattiasstraße 140.      |                         |

Eine recht zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

### Wie fangen wir den Freisinn ein?

Dies Problem für den Wahlkreis Breslau-Ost zu lösen, ist die schwierigste Aufgabe des blau-schwarzen Blocks. Indem sich die Freikonservativen zu seinem Sprachorgan machten, richteten sie Anfang Januar an alle bürgerlichen Gruppen die Anfrage, wie es mit einer gemeinsamen Kampffront gegen die Sozialdemokratie stünde. Die Nationalliberalen antworteten kurzweg mit der Aufstellung des eigenen Kandidaten Grund und die Freisinnigen ließen dem Schnapsblock folgende Antwort zukommen:

„Auf das gefällige Schreiben vom 4. Januar 1911 erwidern wir ergebnislos, daß wir angesichts der gegenwärtigen politischen Verhältnisse ein Zusammengehen mit den Konservativen und der Zentrumspartei nicht in Aussicht genommen haben. Unser Wahlverein hat mit dem nationalliberalen Wahlverein vereinbart, daß wir den national-

liberalen Kandidaten in Breslau-Ost unterstützen und daß die nationalliberale Partei den von uns in Breslau-West aufgestellten Kandidaten unterstützt.“

Damit hat sich die Situation so gestaltet, wie wir es erwarteten, es werden sich in jedem unserer beiden Wahlkreise drei Kandidaten gegenüberfinden: der Sozialdemokrat, ein Liberaler und ein Konservativ-Klerikaler. Damit sind allerdings die Aussichten der bürgerlichen Parteien gerade nicht gebessert. Die Freikonservativen selbst sehen die Chancen nicht für sehr günstig an, ihr Redner in der letzten Versammlung, Professor Seifert, führte aus:

„An nichts der durch die ablehnenden Antworten geschaffenen Paare wird es das Richtige sein, gemeinsame Gegenkandidaten (des Schnapsblocks D. Red.) anzustellen. Bei der von den Liberalen beliebten, bauerlichen Zersplitterung ist es möglich, daß die Sozialdemokraten im ersten Wahlgang zu siegen. Ebenso sind aber Aussichten vorhanden, daß es in Breslau-Ost zu einer Stichwahl kommt. Und dann wäre es wünschenswert daß ebenso wie vom Neuen Wahlereu auch von allen anderen bürgerlichen Parteien der Wahlkampf ohne Gehässigkeit geführt werde, daß keine gegenseitige Verbittern eintrete, und es keinem bürgerlichen Wähler schwer gemacht werde, in der eventuellen Stichwahl dem bürgerlichen Kandidaten der anderen Partei sowohl in Breslau-Ost als auch in Breslau-West die Stimme zu geben. Denn daß der Sozialdemokrat in die Stichwahl kommt, wenn ein zweiter Wahlgang erforderlich wird, daran ist nicht zu zweifeln.“

Auf Breslau-West, wo unter den bürgerlichen Stimmen die Liberalen überwiegen, macht man sich also ohnehin wenig Hoffnungen. In Breslau-Ost aber, wo ein Reaktionär in die Stichwahl zu kommen hofft, da soll der Liberalismus helfen, die Konservativen Phänang zu stärken! Das alle probate Mittel. Entweder man verpflichtet sich „gegen die Sozialdemokratie“ oder man wird der Bundesgenossenschaft mit den Noten geziehen. Deshalb heißt es schon jetzt, den Freisinn in die Falle locken:

Es gilt dann mindestens für die Stichwahl, alle bürgerlichen Stimmen gegen die Sozialdemokratie zu vereinigen. Der Redner macht deshalb den Vorschlag, daß der Neue Wahlverein alsbald an die anderen bürgerlichen Parteien wegen eines Stichwahlabkommens herantrete, in dem sich die rechtsstehenden Parteien verpflichten, die Kandidaten der linken bürgerlichen Parteien in der Stichwahl zu unterstützen, falls diese von rechtsstehenden Parteien die gleiche Unterstützung aufsuchen. Allerdings könne nur unter dieser Bedingung eine Stichwahlhilfe befristet werden, denn eine Partei, die etwa lieber einen Sozialdemokraten als einen Vertreter einer anderen bürgerlichen Partei im Reichstage haben wolle, sei nicht viel anders zu beurteilen als die Sozialdemokratie selbst.

Da haben wir die Selbstlosigkeit! Bei der Landtagswahl werden die Konservativen unter Mithilfe des Zentrums die Liberalen herauszubringen und sich in den Besitz der Mandate zu setzen, zum Dank dafür darf der Freisinn dann bei der Reichstagswahl auch noch einem Konservativen oder Klerikalen in den Sattel helfen! Und wenn der Freisinn nicht will, dann läßt sich vielleicht eine kleine Differenz mit den Nationalliberalen herbeiführen.

Die Rechnung wird nur ohne den Wirt gemacht sein, unsere Genossen werden schon jetzt durch eifrige mündliche Propaganda dafür sorgen, daß alle diese Kalkulationen überflüssig sind.

### Protestversammlung

#### gegen das Kurpfuscher-Gesetz.

Das Diskretell der Breslauer Naturheilvereine v. berief am Sonntag in den großen Saal der „Börse“ eine öffentliche Versammlung zur Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf über die „Mittelstände im Heilgewerbe“ ein. Der Besuch war ein sehr starker, die Teilnehmer setzten sich aus Mitgliedern der Naturheilvereine, Krankenkassen und

sonstigen Interessentenkreisen zusammen. Auch einige Ärzte waren erschienen. Den Vorsitz führte Hufschmiedfabrikant Kreyßmar.

Der Referent Medizinalrat Schirrmeyer-Berlin übte an dem Gesetzentwurf eine scharfe Kritik. Er er sich den gefehlichen Bestimmungen zuwendete, verbreitete er sich über den Begriff „Kurpfuscher“. Nach dem Ausdruck des Dr. Alexander sei jeder, vom Prälat bis zum Tagelöhner, der ohne Approbation Heilbehandlung ausübt, als Kurpfuscher zu bezeichnen. Das sei eine vage Behauptung. Kurpfuscher sei nur der, der nichts versteht, der Kuren versucht. Auch approbierte Krankenbehandlung haben schon Kurzer versucht, man dürfe also nicht verallgemeinern. Redner kritisierte sodann die Gründe, die regierungseits angeführt werden zur Einführung des Gesetzes. Es soll im deutschen Reich 12000 nicht approbierte Leute geben, die gewerbmäßig Heilbehandlung betreiben. Hier liege eine maßlose Uebertreibung vor. Selbst wenn man außer der Zahl der Heilkundigen, die der Zahnarzt, der Masseure und der Hühneraugenoperateur zurechnete, so kommen höchstens 7500 heraus. Man kann doch aber nicht diese letzten Kategorien auch den Heilkundigen zurechnen. Wenn aber die Regierung recht hätte, dann müßte diese große Zahl nichts anderes bedeuten, als daß in Deutschland ein Bedürfnis für nichtapprobierte Heilkundigen vorhanden sei. Im Wesentlichen wendeten sich die nicht Krankenversicherungspflichtigen an die Nichtapprobierten, weil ja die Krankenmitglieder an die Kassenärzte gebunden sind. Als zweiter Grund wurde die ungelante Bildung angeführt. Dem sei entgegen zu halten, daß so manch einer der so verpönten Heilkundigen es mit dem Können und Wissen manches Arztes aufnehmen. Als letzter Grund müßte die Kriminalität herhalten. Wenn auch zugegeben werde, daß Verbrechen bestehen, so dürfte man doch nicht den ganzen Stand dafür verantwortlich machen. Um so weniger, als bei vielen Verurteilungen die Demagogie eine große Rolle spielte. Das Gesetz hätte die Interessenten einzig und allein der Gesellschaft zur Bekämpfung der Kurpfuscherei zu verdanken, die in ihrem Dasein gegen die Klänge der Nichtapprobierten zu verhalten sei. Aus dem Volke heraus sei eine Bewegung gegen die Kuriersfreiheit nicht entstanden. Herr Schirrmeyer behandelte alsdann die einzelnen Gesetzesbestimmungen die nach seiner Ansicht geeignet sein würden, alle nicht approbierten Krankenbehandlung ohne Ausnahme, alle Naturheilvereine aufs schwerste zu treffen. Er erörterte unter Anwendung von Beispielen die Tragweite der §§ 3, 6 und 8, die in ihrer Wirkung die Kuriersfreiheit aufheben würden. Die Kuriersfreiheit bringe dem Volke keinen Schaden, Lande und Abertaende, bis in die höchsten Kreise, ziehen einen Naturheilkundigen einem Alopathon vor. Gegen die Fortbehaltung und die marktschreierischen Anpreisungen der Patentmedizin könnte man zu Felde ziehen, ohne ein Ausnahmegesetz gegen die Kuriersfreiheit zu schaffen. Man könnte vernünftige Einrichtungen treffen, die nicht schikanös sind und die nicht den Heilkundigen den Lebensruhm töten. Es sollte eine Grundlage für die Volksheilkunde geschaffen und schon in den Lehrplan der Volkshule eingefügt werden. Heute tut es noch der Wunderglaube an das geheimnisvolle Rezept. Die approbierten Ärzte wollen sich ein Privilegium schaffen, nur allein zu heilen. Das könne nicht im Willen des Volkes liegen, und darum möchte es gegen das Ausnahmegesetz mit ganzer Kraft und Entschiedenheit kämpfen. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

In der Diskussion traten Privatdozent Dr. Heinrich Sachs und Dr. Alexander als Gegner auf. Dr. Sachs führte aus, daß die Behandlung von Geschlechtskrankheiten nur von wissenschaftlich gebildeten Personen gesehen könne. Die richtige Erkenntnis der Krankheit und die richtige Anwendung des Mittels sei ein dringendes Erfordernis, unmöglich könnte man die Behandlung solcher Krankheiten nicht medizinisch gebildeten Leuten anvertrauen. Darin liegt der Wert des Gesetzes, der die Behandlung Geschlechtskrankheiten durch Nichtapprobierte verbietet. Die erste Bedingung der Heilbehandlung sei ein grundlegendes, wissenschaftliches Studium, das gehe den Nichtapprobierten vollständig ab. Die meisten glauben, sich aus Büchern das nötige Wissen erworben zu haben, um Kranke kurieren zu können. Nein, dazu gehört ein mehrjähriges Studium an der richtigen Stelle. Dr. Sachs wies ferner auf die Abnahme der tuberkulösen Kranken hin. Das sei doch nur durch ein langjähriges tiefes Studium erreicht worden. Der Krankenbehandlung müßte in der Lage sein, eine richtige Diagnose festzustellen, dazu gehören Kenntnisse, die dem Laien abgehen. Dr. Alexander erklärte, er wolle, daß er einen Einfluß auf das Datum der Versammlung, die mit einem festen Entschluß hierher gekommen sei, (Widerpruch) nicht auszuüben im Stande sein werde. Doch müßte er die Wahrheit

### Stadt-Theater.

#### Kaspiel Friedrich Placke:

#### „Der fliegende Holländer“ von Richard Wagner.

Der Dresdener Gast hat es verstanden, sich in ganz kurzer Zeit einen weiten Kreis warmer Bewunderer zu gewinnen, die seine Vorträge mit Begeisterung hören, ihm begeisterte Anerkennung für seine Leistung zu zollen. So hielt am Sonntag eine große Hörerschaft das Haus nicht bereit und bereitete dem Liebhaber an den Kl. Schützen, namentlich aber am Schluß stürmische Ovationen. Warde einerseits das Ohr durch den Klang der Posaunen, in allen Lagen mächtig angedehnten Stimme und die ebenso warmblütige wie geschmackvolle Vortragskunst des Sängers Reiz von neuem gefesselt, so wußte andererseits der Darsteller überzuend auf den Geist zu wirken, daß man sagen kann: Aufgabe und Lösung deckten sich. Das Orchester (unter Tiffers) spielte bemerkenswert würdevoll, es scheint also zu geben! In der Operette wurde ich einige Tempoveränderungen gegen früher wahrgenommen zu haben, die nicht zum Schaden waren. Ueberhaupt war die Aufführung auf einem recht anständigen Niveau. Eine sehr schöne Wagner-Vorfeier! H. M.

### Thalia-Theater.

#### „Onkel Bräutigam“.

Lebensbild nach Fritz Reuters Roman: „Mit mine Stromtid“, bearbeitet von Gasmann und Kröger.

Die gestrige Volksvorstellung des Sozialdemokratischen Vereins hat unseren Freunden gezeigt, welcher Art Reuters Humor ist. Sie hat aber auch gezeigt, welche reiche, wirklich volkstümliche Art die ganze Reutersche Schilderkunst ist. Zwar ist diese Dramatisierung keine Arbeit Reuters selbst, denn zum dramatischen Dichter war er nicht geboren. Aber die Bearbeiter des populärsten Reutersromans haben sich doch ziemlich streng im Geiste des Autors betätigt und wollten nur diesen reden lassen. Zwar konnten sie in der gedrängten dramatischen Form nichts von der oftmals intimen Detailschilderung des Romans hineinbringen, sondern sie mußten sich mit den packendsten Episoden des Ganzen begnügen. Das hindert nicht immer der ganze familiäre und Stimmungswarmhalt gewahrt werden kann, versteht sich, und das ist muß dann die plastisch in den Vordergrund gezeichnete Gestalt des Inspektors Bräutigam alle Schwächen bedecken.

Die Fäulung kann nur dann so leidlich gelingen, wenn diese Bräutigam von einem tüchtigen Künstler dargestellt wird. Und diese Aufgabe erfüllte gestern nachmittags Herr H. M. in einer aufgezeichneten Weise. Zwar war sein Mecklenburger

Blatt etwas „hamburgisch“, aber das tat der Leistung keinen Abbruch und des Künstlers unermüdete Hingabe an seine Rolle, seine sprudelnde Laune, die sich frei von unangebrachten Witzchen hielt, zeigte die Leichtigkeit vor dem Dichter und dem Publikum. Der lebhafteste Applaus, der dem Schauspieler geendet wurde, war vollkomme verdient. Ein würdiger Partner dieses Künstlers war Herr Johow als Inspektor Povermann. Auch hier derselbe künstlerische Ernst; und ganz besonders dankbar muß anerkannt werden, daß Herr Johow sich nicht in den ersten Szenen zur platten Nüchternheit verleiten ließ; was er gab war echter Schmerz, und seiner Würde natürlich. Den Johan Müller gab in seiner hier etwas gar zu sprachlosigen Trockenheit Herr Will, und seine Frau Frä. Edert. Allerdings hätte die Dame besser getan, ihre gutgemeinten Platzstudien nicht zu verwerten, es gelang diesmal noch nicht recht. Den abtügen Gutsbesitzer Regel v. Hamborn spielte Herr Eisele reichlich teilnahmslos, während seine Gattin, durch Frä. Kösteritz dargestellt, ganz bei der Sache war. Der Komuchelstopp des Herrn Schmitt hätte Reuters Anerkennung sicher nicht gefunden; hier war zu viel glatte weltmännische Schlichtheit und zu wenig Bauernraschheit. Den verliebten und lösen Fritz Ebbelstich gab mit dem nötigen Temperament Herr Koch und den Theologen Valrian in trefflicher Frömmelmaste und Spiel Herr Scholz. Die beiden Zwillingsschwester Miming und Miming gaben in allerliebster Weise die Damen Schwarz und Sprengholz. Aus dem sonst noch ziemlich umfangreichen Personenverzeichnis verdient ganz besonders aber noch die Leistung des Herrn Lion Anerkennung, der den Juden Moses mit recht herzlicher Wärme spielte. Alle anderen Personen des Künstlerensembles paßten sich auch in den kleineren Partien mit gutem Gelingen dem Ganzen an. Unsere Freunde dankten der Künstlergarde mit stürmischem Beifall.

### Breslauer Schauspielhaus.

Zum 1. Male:

„Alt-Heidelberg“, Oper in 3 Akten von A. Colantoni, deutsch von Ottomar Pitz, Musik von Ubaldo Pachierotti. Wilhelm Meyer-Hörners allbekanntes und zum Ueberdruß abgeplantes Schauspiel ist wahrlich kein klassisches Stück, aber es trifft in seiner glücklichen Mischung von Sentimentalität und Etwas der Leidenschaft der Menge und hat immerhin auch für einen literarischen Reizschmecker etwas Nebenwärtiges. Wenn es ein geeigneter Opernstück, so hätten sich schon verschiedene musikalische Komponisten die Gelegenheit zur Fassung nicht entgehen lassen. Schon der Umstand, daß ein Italiener sich dieses

ihm gänzlich fernliegenden Librettos bemächtigt hat, müßte Neugierige warnen. Die Sache ist auch danach ausgefallen. Mit einem Barbarismus ohne gleichen ist das Textbuch „hergestellt“, und auch die Musik — man verzeihe dieses Wort — ist entsprechend „barbarisch“. Von Zeit zu Zeit wird auf eine dickflüssige Orchestermasse ein deutsches Studententel aufgebopp, wie man auf ein Pfefferkuchenbrot etwa die Worte „aus Liebe“ legt, und dann „wurstelt“ das Orchester weiter bis zur nächsten Station. Dieser Italiener, dessen schwer auszusprechender Name schon seiner Popularität entgegensteht, vermag nicht einmal das, was sonst seinen Landsleuten nachgerühmt wird: die Singstimmen zu behandeln. Sie gehen meist in einem Lontont unter. Einzelne Anfänge zur Charakterisierung von Personen oder Situationen wirken lächerlich. Vor dem Auftreten des Verhangs zum zweiten Akt wird ein schler endloser Chor hinter der Szene gesungen, dessen Bedeutung keinem Menschen klar ist. Vor dem dritten Akt wird ein „Intermezzo sinfonico“ geblüet. Das ist jetzt so modern; darunter hat man sich aber weiter nichts zu denken, — wenigstens nichts Rechtes. Der Inhalt dieses Zwischenstücks ist auf dem Theaterzeitel abgedruckt. Bekanntlich ist es aber während der Musik im Theaterraum so dunkel, daß man nicht nachlesen kann. Aber selbst wenn man das könnte, bliebe die Musik mindestens ebenso dunkel. Nicht einmal darüber einschlagen kann man: dazu ist sie zu laut! Der einzige Fortzug der Oper besteht darin, daß sie trotz langer Warten schon um 10 1/2 Uhr beendet ist. Die Bezeichnung „Uraufführung“ ist insofern nicht richtig, als das Stück bereits im März 1909 auf der Wiener Volksbühne auch schon durchgeführt ist.

Die Aufführung ist alles in allem, um das Stück vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren und hat trotz des Mangels an wirklichen Opernkraften wenigstens achtbare Leistungen. Frau Schmidt-Günter und Herr Herper ragten sogar weit über den Durchschnitt hinaus; Herr Wilhelm ist war auch künstlerisch hervorragend. Herr Herper kann nicht genug dafür gewarnt werden, übermäßig viel Ton zu geben. Ein Darsteller wie Oskar Brand mußte den Kammerdiener Rubnimen, eine Rolle, die ihm so fern liegt, wie der Komponist etwa Richard Wagner. Herr Oberammer machte aus dem Erbprinzen eine leidliche Figur und war auch gefanglich bestrebend. Von einem Operntenor kann man nicht gut mehr verlangen.

Das ganz gut besetzte Haus spendete an den Künstlern Beifall. Außer den Darstellern der Hauptrollen gebürte aber auch diesen noch diejenige Persönlichkeit auf die Bühne, welche der Direktion zum Erwerb dieser Oper geraten hat. Der Himmel schütze uns vor weiteren Opern, und möge uns recht bald die erprobteren, viel besser klingenden Stücken von Genuß verschaffen.







### Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die nächste Sitzung, die Donnerstag, den 16. Februar, nachmittags 4 Uhr, abgehalten wird, steht eine sehr umfangreiche Tagesordnung vor sich; dazu kommt noch, daß in erster Reihe die Generaldiskussion über den Stadthausbauplan für 1911 fortgesetzt werden muß.

Der Fabrikdirektor Klein und seine Ehefrau haben der Stadt Breslau testamentarisch im ganzen 65.000 Mark zugesichert.

In der Gasanstalt III auf der Třebitzker Chaussee soll eine Retorten aus Stöpselmassine mit elektrischem Antrieb für 38.000 Mark angeschafft werden.

Für den Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten über die städtische Arbeitslosenunterstützung liegt noch ein anderer Antrag vor, der von Stadtverordneten ausgeht.

Dem Verdienste keine Krone! Wie uns gemeldet wird, ist dem Kriminalkommissar Heywein der Kronenorden vierter Klasse und dem beiden Kriminalrathen Höbner und Baniß das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Aus den Markthallen. Bei dem anhaltenden Frostwetter macht sich ein ganz erheblicher Preisausschlag bemerkbar.

Mit jeder Woche, die vergeht, verlieren die Äpfel an Wohlgeschmack und Ansehen.

Auf dem Geflügelmarkt waren heute reichlich Tauben zu haben. Meistens waren es alte Exemplare, die nur zu Suppen verwertet werden können.

Butter beginnt wieder langsam nach aufwärts zu steigen. Tafelbutter kostet wieder 1,30 Mark, und Kochbutter ist noch wieder 1,10 Mark.

Carl von Holteis Todestag. Das Holtei-Denkmal auf der „Holtei-Wiese“ an der Oder und das Grab des Dichters auf dem Friedhof in Kottbusch sind am Todestage des Dichters (12. Februar) mit prächtigen Kränzen geschmückt worden.

Die deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft erteilt in einer Einladung, die der heutigen Nummer der „Volkswehr“ beiliegt, ein Verlangen auf die Mitgliedschaft verbunden ist.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands. Mittwoch, den 15. Februar, Abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17, I, Zimmer 3/4, Mitgliederversammlung.

Polgarbeiter-Verband. Einige kleine Gegenstände, die beim Maschinenball am 11. Februar im Gewerkschaftshaus gefunden worden sind, können im Verbandsbureau Dominikanerplatz 1a, II, bis Sonnabend, den 18. Februar, abgeholt werden.

Finns Busch. Da der Spielplan von heute ab eine wesentliche Veränderung erfährt, beginnen die Vorstellungen nunmehr schon um 7<sup>1/2</sup> Uhr Abends.

Gemeintum in den Tod gehen wollte am Sonntag ein Liebespaar aus Pommern. In einem Gasthof auf der Klosterstraße brachten sich die jungen Leute, es handelt sich um einen Telegraphenarbeiter und ein Dienstmädchen, Schnittwunden an den Händen bei, um die Pulsadern zu öffnen.

Zusammenstoß. In der Nacht zu Sonnabend gegen 1<sup>1/2</sup> Uhr stießen an der „althausstraße eine Kraftlokomotive und eine Lokomotivbrücke 1. Klasse sehr heftig zusammen.

Grabschändung. Die Breslauer Zindiebe, die Wasserabflüsse von den Häusern und Anlagen der Stadt nicht verschonen, haben sich jetzt sogar an die Gräber der Kirchhöfe gemacht.

Der Krankenhauswärter Alexander Weichmann, der im Altkrankenhauspatienten angeheiratet war, ist am 10. Februar nach Untererschlagung von 220 Mk. flüchtig geworden.

Wagenschlag. Vor einigen Tagen wurde ein in der Oberstraße zur kurzen Zeit aufstichtlos stehengelassener, vierrädriger Piesemagen mit grünem Korb gestohlen.

Einbruchdiebstahl. In der Nacht zu Sonnabend ist ein Schaufenster an einem Warenhaus am Ring mittels Einbruchs deschloßen worden.

Großer Wäschebetrug. In den verschlossenen Wäschelecken eines Hauses auf der Ackerstraße sind in einer der letzten Nächte Diebe eingebrochen und haben zwei weiße und drei bunte Bettzüge, 15 weiße und bunte Handtücher, drei wollenne Bettdecken mit roter Kante, ein leinwand Bettdecken und zahlreiche andere Wäschestücke gestohlen.

Einbruch in ein Uhrengeschäft. In das Uhrengeschäft Gartenstraße 12 ist vor einigen Tagen zur Nachtzeit eingebrochen worden. Es ist das Schaufenster eingeschlagen worden, der Dieb muß aber dann verhaftet worden sein, da er nur mehrere Doubletten und Trouringe, zusammen im Werte von etwa 75 Mark entnommen hat.

Schwarzfischer-Einbruch. In der Nacht von Sonntag zu Montag wurde die Schiebung eines Kolonialwarengeschäfts auf der Schwenkstraße eingeschlagen und aus dem Schaufenster mehrere Flaschen mit Bier, Cognac und andere Waren gestohlen.

Die Zindiebe scheuren auch vor einer Grabschändung nicht zurück. Die neulich in Dornitz vor haben sie in einer der letzten Nächte auch auf dem alten Friedhof der Glitschensbücherei eine Grabschändung zwischen Mathias- und Elbingstraße von 16 Grabschändungen in der Zindieb-Elfenstufen losgerissen und gestohlen, wo sie an verschiedenen Gräbern auch die Glascheiben der Denkmäler zertrümmert haben.

Eine Einbrecherbande, die besonders die Umgegend von Breslau ausgehend, ist in diesen Tagen von der hiesigen Kriminalpolizei ermittelt und unschädlich gemacht worden.

Geftunden wurden fünf Schlüssel am Ring, ein Spazierstock, eine braungegrüne Toppe und eine schwarze Ledertasche mit Inhalt, ein Portemonnaie mit Inhalt, zwei schwarze Ledertaschen, eine Borse, ein Regenhirn und ein Herdentut.

### Neueste Nachrichten.

#### Prinz Heinrich für die antizozialdemokratische Sammlung.

Berlin, 13. Februar. Bei einem Kriegervereins-Kommers hielt Prinz Heinrich eine Rede, worin er sagte: Trotz eines 40-jährigen Friedens erkeint sich das deutsche Reich nach außen verändert seiner von allen Seiten gedachten Nachstellung.

#### Deutscher Städteitag.

Berlin, 12. Februar. In der gestrigen Vorstandssitzung des Deutschen Städteitages, die im Berliner Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Richter stattfand, wurde beschlossen, den nächsten Deutschen Städteitag im September dieses Jahres in Posen abzuhalten.

#### Das Gewerkschaftshaus.

Woham, 13. Februar. Eine Reviertorierung der drei in der Kobntrage zusammengehörigen Verarbeitungsveranstaltungen: der

alte Verband, die polnische Verbandsvereinigung und der Pilsch-Dunder'sche Gewerksverein nahmen eine Resolution an, wonach die Schlichtungsstellen mit Debatten Kenntnis von der der Arbeiter so wenig entgegenkommenden Haltung der Werkherren in den Arbeiterausstellungen nehmen und auf das schärfste die verächtliche Haltung der christlichen Gewerkschaften verurteilen und schließlich den Verleuten empfehlen, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, um zu sehen, ob die Werkherren ihr Versprechen einlösen werden.

#### Aus dem Zuge gefallen und überfahren.

Dortmund, 13. Februar. Bei Dortmund fiel ein achtjähriger Knabe aus dem Personenzug, weil er sich zu weit aus dem Fenster herausgelassen hatte.

#### Ein Gewaltstreik.

Eilenburg, 12. Februar. Von allen hiesigen, dem Arbeitgeberverbände angehörigen Fabriken sind gestern die in freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter, zusammen circa 800, ausgesperrt worden.

#### Der Aeroplan im Kriege.

El Paso, 11. Februar. Der Aviatiker Hamilton ist am Sonnabend über die mexikanische Grenze geflogen, trotzdem er gewarnt worden war, daß die Mexikaner auf ihn feuern könnten, und hat somit die erste Erkundung in Kriegsebenen von einem Aeroplan aus unternommen.

#### Die Pest in Wladivostok?

Petersburg, 13. Februar. Der Dumapräsident Gutschkow erhielt ein Telegramm aus Wladivostok, wonach das russische Exteritorium gegen die Pestgefahr nicht gesichert sei.

London, 13. Februar. Aus New York wird telegraphiert: Alfie Vaniman erklärte gestern in Cincinnati, er werde im nächsten Sommer, etwa gegen den 4. Juli, von Cincinnati aus zur Ueberquerung des Atlantischen Ozeans aufziehen.

New York, 13. Februar. In der Nacht zum gestrigen Sonntag geriet eines der größten Kaffeehäuser von Brooklyn in Brand. Laufende von Frauen und die Feuerfrauen führten in wilder Hast über die Schmalen Treppen hinunter und wollten zu Fuß den Treppen über die Straße.

#### Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Wasserstand in Pegeln in Höhe über Meer am 13. Febr.	Wasserstand in Pegeln in Höhe über Meer am 14. Febr.	Wasserstand in Pegeln in Höhe über Meer am 15. Febr.	Wasserstand in Pegeln in Höhe über Meer am 16. Febr.	Wasserstand in Pegeln in Höhe über Meer am 17. Febr.	Wasserstand in Pegeln in Höhe über Meer am 18. Febr.	Wasserstand in Pegeln in Höhe über Meer am 19. Febr.	Wasserstand in Pegeln in Höhe über Meer am 20. Febr.	Wasserstand in Pegeln in Höhe über Meer am 21. Febr.	Wasserstand in Pegeln in Höhe über Meer am 22. Febr.
13. 2	1,510,261,810,181,931,621,741,260,143,119,500,1,081,121,930	13. 2	1,540,221,780,171,591,561,841,261,381,141,500,1,101,108	Wilm	1,680,981,210,421,241,071,071,261,161,156,500,1,141,881,15				

#### Bersammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus.** Montag, den 13. Februar: Van-Bilscheider. Abends 7 Uhr, Bersammlung, großer Saal. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 8<sup>1/2</sup>—9 Uhr im Zimmer 7.
- Dienstag, den 14. Februar: Deutscher Bauarbeiter-Verband. Bildhauer im großen Saal. Schneider-Verband. Bersammlung Zimmer Nr. 1.
- Mittwoch, den 15. Februar: Metallarbeiter-Verband. General-Bersammlung, großer Saal. Schmiede-Verband. Abends 8 Uhr, Mitgliederbersammlung im Pflaumzimmer.
- Arbeiter-Radsahrer-Verein. Bersammlung, Zimmer Nr. 1.
- Handlungsgehilfen. Bersammlung, Zimmer Nr. 3.
- Freitag, den 16. Februar: Gewerbegerichts-Beisitzer. Zimmer Nr. 1.

#### Sozialdemokratischer Verein Breslau.

- Der Jahrestag ist heute Montag, den 13. Februar, Abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen:
- District 1 (Cobitz) Kronprinzenstr. 44, Ref. Gen. Darf.
  - District 2 (Sauerbrunn) Viktorstr. 34, Ref. Gen. Billest.
  - District 3 (Gröbisch, Dorf. Hbl.) Gröbisch, Str. 74, Ref. Gen. Sent
  - 8a ( " " " ) Gröbisch, Str. 13, Ref. Gen. Riebel
  - 3a ( " " " ) Gröbisch, Str. 19, Ref. Gen. Philipp
  - District 4 (Mollator) Bergstr. 15, Ref. Gen. Müller
  - ( " " ) Mühlstr. 36, 38, Ref. Gen. Sachna
  - ( " " ) Frankfurter Str. 31, Ede. Stögerstr. 2, Ref. Gen. Winter
  - 6 ( " ) Renthnerstr. 13/14, Ref. Gen. Rurtz
  - 6 ( " ) Güterbrunnstr. 28, Ref. Gen. Solbtschmid
  - 7 ( " ) Wellenstr. 26, Ref. Gen. Ramalla
  - 7 ( " ) Wellenstr. 38, Ref. Gen. Aderhold
  - 7 ( " ) Renthnerstr. 62, Ref. Gen. Rother
  - 7 ( " ) Potzstr. 61, Ref. Gen. Pielichmar
  - 8 (Dektor) Rühlstr. 2/3, Ref. Gen. Poppel
  - 8a ( " ) Rühlstr. 23, Ref. Gen. Sötter
  - 9 ( " ) Mühlstr. 140, Ref. Gen. Weiss
  - 9a ( " ) Ebnstr. 6, Ref. Gen. Bachmann
  - District 10 (Sambor) Delmenstr. 3, Ref. Gen. Schlegel
  - 11 ( " ) Mollstr. 23, Ref. Gen. Herrmann
  - 12 (Schlau. Dorf.) Sauerbrunn, Ref. Gen. Rommler
  - 13 ( " ) Gröbisch, Ref. Gen. Richter
  - 14 (Olauer Tor) Mühlstr. 10, Ref. Gen. Pielich
  - 15 ( " ) Mühlstr. 2, Ref. Gen. Pielich
  - 16 (Streitener Tor) Sauerbrunn, Ref. Gen. Schindler
  - 16a (Dobraner Tor) Sauerbrunn, Ref. Gen. Pielich
  - 17 (Schwaid. Dorf.) Sauerbrunn, Ref. Gen. Pielich
  - 17a (Schwaid. Dorf.) Sauerbrunn, Ref. Gen. Pielich
  - 18 ( " ) Sauerbrunn, Ref. Gen. Pielich
  - 19 ( " ) Sauerbrunn, Ref. Gen. Pielich







# 2. Beilage zu Nr. 38 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 14. Februar 1911.

## Deutscher Reichstag.

125. Sitzung. Sonnabend, den 11. Februar 1911, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Delbrück, Gavenstein. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Interpellation der Kommerzienräte:

„Welche Maßnahmen gedenken die Verbündeten Regierungen zu ergreifen, um einer Ueberflutung des deutschen Geldmarktes mit fremden Wertpapieren und einem übermäßigen Abfluss deutschen Kapitals nach dem Auslande vorzubeugen?“

Nachdem auf die Frage des Präsidenten Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt hat, er wolle die Interpellation heute beantworten, erhält zur Beantwortung der Interpellation das Wort

Abg. Graf v. Kanitz (kons.):

Unsere Interpellation ist veranlaßt durch die Besorgnis, daß der deutsche Geldmarkt durch die Emission fremder Wertpapiere zu stark belastet wird. Die Statistik gibt zu geringe Zahlen, die nach von deutschen Kapitalien ausländische Papiere im Umlauf gekauft und dort befristet werden, um dem Stempel zu entgehen, und weil ausländische Papiere vielfach zur Rechnung angelegt werden, bevor ihre Erlöse in Deutschland einfließen; trotzdem zeigt die Statistik, daß 1908 für 746, 1909 für 974 Millionen Mark ausländische Papiere in Deutschland zugelassen waren. Es ist in den letzten Jahren eine rapide, geradezu furchtbare Steigerung des Umlages in ausländischen Werten, und es ist folglich Abfluss deutschen Kapitals nach dem Auslande durch eine Steigerung des Umlages im Inlande hervorgerufen, und ferner durch den Druck auf die Kurse unserer Reichs- und Staatsanleihen bewirkt worden. Bei den bedeutendsten, amerikanischen Papieren sind natürlich hohe Provisionen zu verdienen und deshalb werden sie von den Großbanken bevorzugt ohne Rücksicht auf das deutsche Wirtschaftsgeschehen. Untere Antarktis keine Zweigarten Nordamerika, aber wir haben auch keine Veranlassung, Nordamerika zu bevorzugen und auf eine genaue Prüfung der nordamerikanischen Eisenbahnpapieren zu verzichten. Wir müssen unserer Markt vor minderwertigen, ausländischen Papieren schützen. Da es würde geriet sein eine Zentralstelle, die kompetent wäre für die Zulassung ausländischer Werte für alle deutschen Banken. — Folgende Grundregeln müssen festgehalten werden: ausländische Emissionen dürfen nur zugelassen werden nach vollständiger Prüfung des inländischen Kapitalbedarfes; sie müssen sich ferner in den Dienst der nationalen Arbeit stellen und bei der Auszahlung nur vorrangig vorrangig werden; so dürfen keine Papiere zu emittieren werden, die an der Börse ihres Heimatlandes nicht zugelassen sind. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Zulassung ausländischer Papiere liegt in der Hand der Zulassungsstellen der Banken, die unter der Aufsicht der Landesregierungen stehen. Nach § 36 des Börsengesetzes sind solche ausländische Papiere nicht zugelassen, die eine Ueberverteilung des Publikums befördern lassen oder öffentlichen Interessen zuwiderlaufen. — Die Entwicklung unserer Industrie drängt zur Anlegung deutschen Geldes im Auslande. Freilich kann das dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen, wenn der Kapitalbedarf im Inland sehr groß ist und es ist richtig, unter solchen Umständen der Anlage deutschen Geldes im Auslande gewisse Schranken aufzuerlegen. (Sehr richtig! rechts.) Natürlich wird man dann zunächst die Papiere abschließen, die weder für uns ein unmittelbares Interesse darstellen noch irgendwelche politische Bedeutung für uns für den Fall der Kriegsbereitschaft haben. (Sehr richtig! rechts.) Wir stehen, wenn nicht alle Zeichen trügen, am Beginn einer ansteigenden Periode, in welcher der ausländische Markt einen großen Kapitalbedarf haben wird, und deswegen empfiehlt es sich bei der Anlage deutschen Geldes im Auslande sich eine gewisse Reserve aufzulegen. (Sehr richtig! rechts.) — Die Regierung ist sich der Verantwortung bewußt, die ihr daraus bei der Ueberwachung und Durchführung des Börsengesetzes erwächst, und sie ist entschlossen, von den ihr erteilten Befugnissen Gebrauch zu machen, wenn die allgemeine Lage es erfordert. Jedes Reglementieren bringt aber auch Nachteile mit sich, und deshalb hofft der Reichskanzler, daß die Bankfreie sich dessen bewußt sein werden, daß sie nicht nur ihr eigene Geschäftsinteresse im Auge haben müssen, sondern auch allgemeine vaterländische und wirtschaftliche Gesichtspunkte. (Bravo!)

Auf Antrag des Abg. Dove (Vpt.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Speck (Zentr.):

Börsenfeindlich sind wir nicht, aber wir hatten die Börse für ein leistungsfähiges Objekt der Beilegerung und die Auswüchse der Börse bekämpfen wir, wo immer sie sich zeigen, und zu diesem Auswüchsen zählen wir die Art und Weise, wie jetzt ausländische Papiere auf den deutschen Markt gebracht werden. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Daß seine weitere Disintermediation eintritt, konnte, ist auch eine Folge der Ueberflutung des deutschen Geldmarktes mit auswärtigen Papieren; und die darunter zu leiden haben, sind es nicht bei der Deutschen Bank um bedanken. Es ist Torheit, daß die gutwilligen Deutschen Geld für die amerikanische Industrie bringen. Amerika dankt es uns schlecht. Eben erst bereitet es wieder einen Schlag gegen die Fremde, das heißt in erster Linie die deutsche Schiffahrt, vor. Wir können gewiß nicht die rapide Entwicklung des amerikanischen Wirtschaftslbens hindern, wir haben aber keine Veranlassung, diese Entwicklung künstlich mit deutschem Gelde zu fördern. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Alle Sparmaßnahmen im Reichsbankwesen, alle Bestrebungen, den heimischen Geldmarkt zu schonen, werden durch die Emissionen anderer über den Haufen geworfen, die hunderte von Millionen für amerikanische Papiere aus dem Lande ziehen. Wir erkennen es unabweisbar, daß schon auf Grund der heutigen gesetzlichen Bestimmungen Zulassungsmöglichkeiten und Aufsichtsbehörde die Zulassung der amerikanischen Papiere hätten hindern können, in ja, sie auch jetzt nach der Zulassung von der Preisnotierung ausgeschlossen könnten. Aber Börse, Bank und Handelskammer hängen gar zu eng zusammen. Die Privatbankiers werden eingeschüchtert. Ein Bankier wurde mit dem Populst bedroht, weil er verdächtigt war, mit den Interpellanten in Verbindung zu stehen. (Hört, hört! rechts.) Eine Kräfte packt der anderen kein Auge aus. — Hoffentlich löst sich Abhilfe aus ohne Aenderung des Börsengesetzes erzielen; sonst muß das Börsengesetz geändert werden. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):

Die Interpellation spricht nur von auswärtigen Papieren; es ist nicht aber auch eine gewisse Furcht vor einheimischen Papieren mitzuführen, nämlich von Wertpapieren. (Sehr laut b. d. Soz.) Angenommen, es handelt sich um die Interpellation — eine Notiz der „Deutschen Tageszeitung“ hat es veranlaßt — auf die, die nicht alle werden; dem Publikum, soweit es leichtgläubig genug ist, soll eingeredet werden, daß die Konventionen mächtig genug seien, durch Interpellationen den Geldmarkt zu beeinflussen. Man scheint es wieder einmal darauf anzulegen, einen Unterschied zwischen dem guten nationalen und dem bösen internationalen Kapital zu konstruieren. Vergebliches Unterfangen! Ich will gar nicht erst unterfragen, wie viele ausländische Papiere sich in den Geldmärkten der allerersten nationalen Agrarier befinden. Bei Strukturveränderungen sind da sehr nette Dinge zutage getreten. (Sehr laut! und Hört! links.) Das Kapital, ob im Wandel, in der Industrie, in der Landwirtschaft, in seiner Natur nach vaterländisches das Wort übrigens ganz neutral, ohne jegliche Nebenbedeutung gebraucht — es strömt dahin, wo es sich am besten befruchten kann. Ich erinnere an die Stuppelhaftigkeit, mit der die Agrarier auswärtige Arbeiter ins Land ziehen, haben sie sich doch sogar die natürlich

berwilligt abgegebene ministerielle Zusicherung erteilen lassen, daß beim marktfähigen Kanal ja keine ausländischen Arbeiter beschäftigt werden sollen. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich erinnere weiter an die Syndikatspolitik, die den Erfolg hat, daß im Ausland deutsche Kohle und deutsches Eisen billiger verkauft werden als im Inlande. (Hört, hört! bei den Soz.) Besonders pikant ist, daß dieselben Syndikatsherren oftmals in den Vorständen der Disgruppierungen des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sitzen. (Hört, hört! bei den Soz.) — Ueber die nationalen Wirkungen der Syndikatspolitik einmal zu interpellieren, würde ich den Kommerzienräten sehr empfehlen. (Sehr laut! und Hört! bei den Soz.) So steht es keineswegs, daß ausschließlich deutsches Geld nach Amerika fließt. Auch das Umgekehrte ist der Fall. — Was uns Sozialdemokraten betrifft, so betrachten wir den Erwerbshandel und alles, was damit zusammenhängt, als eine notwendige Phase der kapitalistischen Gesellschaft. Wir sehen auch, daß die internationalen Finanzbeziehungen immer wichtiger und bestimmender für die politischen Machtverhältnisse werden. Die Beziehungen zwischen Frankreich und England betreffen das alte Sprichwort, daß der Kaiser keine zureichenden Pächter hat als seine Gläubiger, (Hört! links.) andererseits haben wir es oft genug erlebt, daß hinter undenklichen Forderungen sich das Kriegs- und Munitionsgeschäft erhebt. — Durch die Ausfuhr deutschen Geldes Befestigungen aus dem Auslande zu erzwängen, ist ebenfalls eine internationale Gewohnheit. Bei Privatbanken spricht man bei solcher Ausfuhr der Kapitalgehalte bei Geldgeschäften von Sachmangel, geschieht es aber im Großen und Internationalem, so spricht man von patriotischen Aktionen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Abfluß des heimischen Geldes nach dem Auslande kann rechtlich nicht gehindert werden, er darf aber durch die staatliche Autorität nicht gefördert werden, und das geschieht zweifellos durch die Zulassung fremder Papiere an der Börse. (Sehr richtig! links.) Graf Kanitz hat bereits von einer Revision des Börsengesetzes gesprochen. Es ist daher recht hart, daß, nachdem die Vorrede in die Frühe gegangen ist, die Konservativen jetzt schon die

Verlobungsbescheide

zurückfordern. (Große Heiterkeit.) Ganz zweifellos ist der Bundesrat und die preussische Regierung berechtigt, im öffentlichen Interesse einzuschreiten. Die preussische Regierung hat, weil sie gegen die Deutsche Bank nicht eingeschritten ist, den Schein auf sich geladen, daß sie dieser Bank eine Ausnahme einräumt. Man weiß gar nicht mehr, wer denn die Aufsicht ausübt, die Deutsche Bank oder die Reichsbank. (Sehr richtig! rechts und bei den Soz.) So gewaltig die Vermögenskonzentration in solchen Instituten ist, umso notwendiger ist die Wahrung der öffentlichen Interessen. In den Aktienbanken sind etwa 8 Milliarden in den Berliner Großbanken etwa 4 Milliarden investiert. Bei so gewaltigen Summen kann man nicht mehr von privaten Summen sprechen. Wenn der Staat sich um das Tempo jedes Radfahrers und Autowahlers kümmert, wenn er darauf achtet, daß jeder Wagen zur Nachtzeit beleuchtet ist, so hat er auch die Pflicht, bei diesen Instituten sich um die Wahrung der öffentlichen Interessen zu kümmern. (Große Heiterkeit.) Sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den Soz.) Die Frage, wie der Staat eingreifen soll, ist freilich sehr schwer zu entscheiden. Bei der Beratung des Börsengesetzes veranlaßten wir Sozialdemokraten die Schaffung eines Aufsichtsamtes für das Bankwesen. Das wäre wenigstens der Anfang einer Organisation zu einer wirksamen Bewachung dieser großen Institute. Wir glauben freilich nicht, daß die Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammenetzung und daß etwa der jetzige Reichskanzler eine besondere Befähigung zur Aufsichtung der Banken hat; vielmehr sind wir überzeugt, daß der Reichskanzler von den Banken sehr oft über das Ohr schauen wird. (Zustimmung.) Aber trotzdem meinen wir, daß die Allgemeinheit ein Recht auf die Ueberwachung der Banken hat, und wenn der gegenwärtige Reichskanzler nicht dazu imstande ist, — nun er braucht ja nicht einmal seinem Platte zu bleiben. (Große Heiterkeit.) Vielleicht bildet sich in der Stelle eine Bankdirektion schon das Talent, das künftig einmal diese Aufgabe erfüllen wird. Nebenfalls meinen wir, wenn die Banken nur das Dividendeninteresse wahrnehmen — und das nehmen wir ihnen nicht übel —, daß dann ein Amt da sein muß, welches den Banken gegenüber die allgemeinen Interessen des Volkes wahrnimmt. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dove (Volksp.):

Die internationale Entwicklung von Handel und Verkehr beugt auch den internationalen Kapitalmarkt. Mit welcher Freude begrüßt man es nicht allgemein, daß Deutschland sich an der heiligsanktionierten internationalen Anleihe beteiligen konnte. Das System, das ich auf unserem Kapitalmarkt begrüße, ist, daß das Publikum zu schützen hat sich aus dem Börsenwesen selbst entwickelt, das Ferner Börsenkommissionariat, welches bei der Zulassung ausländischer Werte sehr vorzüglich wirkt. Abgesehen ist die Regierung der Börse gegenüber nicht mehr, § 1 des Börsengesetzes gibt ihr sogar die Möglichkeit, unter Umständen die Börse ganz zu belegen. (Heiterkeit!) idemfalls ist die Befugnis, einzuschreiten, entgegen zu stehen, wenn das öffentliche Interesse es erfordert. (Zustimmung b. d. Vpt.)

Abg. Frhr. v. Camp (Reichsp.):

Es ist sehr zu bedauern, daß am Sonnabend das Haus Reiz so leer ist. Vielleicht wäre es gut, am Schluß eine namentliche Abstimmung über die Tagesordnung am Montag herbeizuführen. (Heiterkeit.) Wir würden dadurch dem Reichsadel eine ganz schöne Summe ersparen und die Herren künftig vielleicht auch am Sonnabend hier sehen.

Vizepräsident Schulz: Eine namentliche Abstimmung kann ich nur anknüpfen, wenn ein Antrag auf namentliche Abstimmung vorliegt.

Abg. Frhr. v. Camp (fortfahrend): Für diese Bezeichnung bin ich sehr dankbar, doch bedauere ich ihrer nicht. (Heiterkeit.) Als ich die Sache anregte, wurde mir entgegengehalten, daß vielleicht gar nicht 50 Abgeordnete da sind, die zur Unterzeichnung solcher Anträge notwendig sind. (Große Heiterkeit.) In der Sache die zur Diskussion steht, schließe ich mich vollständig den Ausführungen des Grafen Kanitz an. Die Großbanken haben die Situation, in welcher Reich und Staat ein besonderes Anleihenbedürfnis nicht hatten in verwerflicher Weise benutzt, um ausländische Werte herbeizubringen, und die Zulassungsmöglichkeit hat nicht immer sorgsam genug geprüft, ob ein Papier nicht zurückweisen ist.

Abg. Stresemann (nationalliberal):

Die einzige praktische Anregung der Debatte ist die Schaffung einer Zentralaufsichtsstelle, doch ist es fraglich, ob es möglich ist, da die einzelnen Regierungen das Aufsichtswesen über die einzelnen Kapitalmärkte haben. Es können sogar von diesen angeforderten Zulassungen wieder rückgängig machen. Der Staatsminister hat ja auch gesagt, daß sie hieron Gebrauch machen wollen, bei den zweifelhafte Eisenpapieren ist der preussische Handelsminister auch eingeschritten. Aber man weiß nicht, daß nicht die Bezahlung des Wertmarktes und die Bedeutung der auswärtigen Kapitalgehalte des deutschen Kapitals für die politische Machtstellung Deutschlands. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen genügen durchaus, um den deutschen Geldmarkt zu schützen. (Hört! links.)

Abg. Haab (Wirtschaftsp.): Ich will den gemäßigten Ton unserer politischen 5 Uhr-Zeit nicht ändern. Ganz entbehren kann man die Ueberwachung des deutschen Kapitals wohl nicht, aber gegen die Ueberwachung und Bedrohung des heimischen

Geldmarktes mit faulen ausländischen Werten muß energischer vorgegangen werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Bahr (kons.): Mit dem Ergebnis der Interpellation können wir zufrieden sein, aber wir haben gemerkt, daß das deutsche Publikum mit Papieren verfahren wird, deren Kurse im Auslande gemacht werden. Freilich hat der Staatssekretär an positiven Maßnahmen recht wenig versprochen, er will an die Parteien appellieren, damit sie bedenken, daß sie im Dienst der Gesamtheit stehen. Aber Bankdirektoren sind keine Ideologen (Heiter!) und sollen es auch nicht sein, und deshalb ist eine allgemeine öffentliche Ueberwachungsstelle notwendig, um bei der Anlage deutschen Kapitals im Auslande das nationale Interesse wahrzunehmen. (Sehr richtig! rechts.) Vielleicht muß das aus der Zeit des rothleuchten Blutes (Heiter!) kammende Börsengesetz bald wieder revidiert werden. (Bravo! rechts.)

Sie auf verstant sich das Haus.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Mainental.)

Schluß 6 Uhr.

## Preussisches Abgeordnetenhause.

24. Sitzung. Sonnabend, den 11. Februar, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gelegenheitswunsches betr. Bewilligung weiterer 12 Millionen Mark zur

Verbesserung der Wohnungsverhältnisse

von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von deren in bezug auf die Staatsbeamten.

Abg. Frhr. v. Witzkau (kons.): Wir stimmen der Vorlage zu. Der Staat soll vorbildlich beim Bau von Arbeiterwohnungen wirken. Seit 1895 sind 132 Millionen für diesen Zweck verwendet worden. Die Nachweisung über die Verwendung der Gelder sollte uns alljährlich vorgelegt werden. Es sollten möglichst viel Einzelarbeiten an Arbeiter und Beamte gewährt werden, die sich selbst machen wollen.

Abg. Hirsch (Soz.): Ein eigenes Haus ist vielfach für die Arbeiter ein Luxus. Wenn ein Arbeiter in ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse eintritt, sind sie in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert. Im übrigen bin ich in der Berücksichtigung einer gesunden Wohnung vollkommen mit dem Vertreter überein und schreibe mich auch einem Wunsch auf jährlich Verteilung der Pachtwohnungen an. Auch von dem Gehalt der Mietverträge sollte uns Kenntnis gegeben werden. — Was unsere prinzipielle Stellung zur Vorlage anlangt, so kann gewiß unter Umständen der hier beschriebene Weg durchaus segensreich wirken. Aber es besteht die große Gefahr, daß mit dieser Wohlfahrtsmaßnahme Mißbrauch getrieben wird. Ich erinnere daran, daß im vorigen Jahre der Abg. Bruhn Beispiele angeführt hat, wo die Verwaltung Arbeiter oder Beamten die Werkwohnungen einfach gekündigt hat, weil die Arbeiter sich politisch betätigt hatten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Regierung mußte damals auf keine schweren Anklagen kein Wort zu erwidern. Herr Drost sagte damals, es werde durch die Einrichtung der aus allgemeinen Staatsmitteln geschaffenen Arbeiterwohnungen erreicht, die Arbeiter in der Ausübung ihrer öffentlichen Rechte zu behindern und Uebertragungen von bezugspolitischen Vorschriften durch Subventionen zu verhindern. In einem solchen Zweck können wir natürlich keine Mittel bewilligen. Daß es sich hier um ein planmäßiges Vorgehen handelt, beweist der Ausdruck des Verordnungsmitglieds Graf Hohenhausen-Döllau bei einer ähnlichen Vorlage, man wolle damit einen gewissen Einfluß auf die patriotische Gesinnung der Leute gewinnen. (Hört, hört! bei den Soz.) Mittel, die dazu verwendet werden, Arbeiter und Beamte in ihren politischen Rechten zu kürzen und die Leute zu veranlassen, patriotische Gesinnung zu heucheln, kann wir unter keinen Umständen bewilligen. Wenn wir also auch die Bedienung anderer Wohnungen in städtischer, bürgerlicher und sozialer Beziehung durchaus anerkennen, können wir doch dieser Vorlage nicht zustimmen, da wir nicht annehmen dürfen, daß diese Wohlfahrtsmaßnahmen geschaffen werden, die nicht sich dazu führen, aus freien Bürgern Gesinnungsheuchler zu machen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Schroeder-Cassel (natl.) stimmt der Vorlage zu, hält aber einen Mißbrauch in politischen Zwecken auch für unzulässig. Ein Regierungskommissar betont, daß die Regierung nur mit Bau öffentlicher, nicht mit Entgelte sonen in Verbindung trete. Es seien Bestimmungen getroffen, daß diese bei Verletzungen die Häuser wieder zurücknehmen.

Abg. Bartscher (Zentr.): Es handelt sich hier um ein großes sozialpolitisches Werk und es ist bezeichnend, daß der Vertreter der Sozialdemokratie nicht, seine Freunde würden gegen das Gesetz stimmen. Deutschland steht in der Sozialpolitik an der Spitze aller Länder, aber die Wohnungsverhältnisse sind bei uns schlechter als z. B. in Amerika. Daher hat der Staat allen Anlaß, in dieser Beziehung ein musterhaftes Beispiel zu geben.

Abg. Rosenow (Vpt.) begrüßt die Vorlage, verurteilt aber ebenfalls jeden Mißbrauch zu politischen Zwecken und kritisiert es, daß Mißbrauch von diesen Geldern auch größere Wohnungen für höhere Beamte gebaut worden seien.

Damit schließt die erste Beratung. Das Gesetz wird sogleich in zweiter Beratung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gelegenheitswunsches betr. eine Anfrage zur Erweiterung der Anlagen der Staatsbergverwaltung.

Abg. Dr. König (Zentr.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. Pappenheim (kons.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Die bisherige Bergbauverwaltung des Staates sei nicht gerade ertragreich.

Abg. Wacco (natl.) wünscht größere Klarheit in der Rechnungs-führung der Bergverwaltung. Wir halten eine Erweiterung der Staatsbergwerke gar nicht für so wünschenswert, denn der Staat kann nicht so billig wirtschaften wie ein Privatbetrieb.

Handelsminister Sydow betont daß nicht daran gedacht werde, den staatlichen Bergwerksbetrieb besonders zu vergrößern. Auf die Gründe der angeblich nicht ausreichenden Rentabilität der Staatsbergwerke wolle er in der Kommission eingehen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Es muß Vorfrage getroffen werden, daß dem Staat nicht die schlechtesten Bergwerke zufallen, dann wird der Staat auch bessere Erfolge mit seiner Bergbauverwaltung haben. Bedauerlich ist ja, daß hier wieder ein neuer Pump aufzunehmen werden muß. Der Staat hätte eben seinen Bergbau so ausbauen sollen, daß er wirklich rentabel ist. Uebrigens ist auch kein Staat, der so überflüssig vor sich aufgestellt wie der Bergbau, man schreit durchaus das Versehen zu haben, nur ja recht wenig Ueber-schüsse herauszurechnen. Wir kommen darauf bei der Beratung des Berggesetzes zurück. Wenn unsere Bergwerke nur allen Förderung gebracht werden, werden sie auch gute Ueberträge erzielen. Die privaten Bergwerke erzielen ihre großen Gewinne auf Kosten der Abne und der Gesundheit der Arbeiter. Daher ist die Uebernahme auf den Staat erforderlich. Dieser Gedanke der allgemeinen Verstaatlichung des Bergbaus wird umso mehr Anerkennung finden, als der Staat ihr Gesundheit, ante Entlohnung und gute Behandlung seiner Arbeiter sorgt. (Bravo! b. d. Soz.)

Damit schließt die Debatte, das Gesetz geht an die Budgetkommission.

Ein Gesetz betr. Erweiterung des Stadtkreises Erfurt wird an die Gemeindefiskalmission verwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes des Ministeriums des Innern. Bei dem Eintritte spricht

Abg. Wente (Vp.) für Beschäftigung von Gefangenen in der Landwirtschaft.



W. G. Weber (Herr.) tritt für verbesserte Fürsorge für die Veteranen ein. Hierauf verlag das Haus die Weiter-Beratung auf Montag 11 Uhr. Schluß 3 1/2 Uhr.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete. Achtung, Gau und Bezirksleiter für Schlesien und Posen.

Nach dem Beschluß der Konferenz vom 22. Dezember sind die noch restierenden Beiträge an die Bezirksstellen zu zahlen, und zwar in folgenden Sätzen: Bis zu 500 Mitglieder 5 Mk., bis 1000 Mitglieder 10 Mk., bis 2000 Mitglieder 15 Mk., bis 3000 Mitglieder 20 Mk. und über 3000 Mitglieder 30 Mk. Die Parteisekretariate sollen 10 Mark für das Jahr zahlen. Soweit die Zahlungen noch nicht erfolgt sind, ersuchen wir die Gau- und Bezirksleiter usw., den Betrag umgehend an den Kassierer W. Gronow, Breslau VI, Friedrich-Wilhelmstraße 17, zu zahlen, andernfalls müssen wir die noch restierenden Organisationen in der „Volkswacht“ veröffentlichen.

Für die Zukunft werden dann die Beiträge laut Beschluß nicht mehr erhoben. Die Zentralstelle der Gewerkschaften für Schlesien und Posen. J. A. Wilh. Gronow, Friedrich-Wilhelmstr. 17.

Schweidnitz, 18. Februar. Auf schreckliche Weise den Tod gefunden hat der Arbeiter Kullmann aus Ohmsdorf, welcher nach Eintritt der Dunkelheit unweit Ohmsdorf die Eisenbahnstrecke zwischen Nieder-Weistritz und Ober-Weistritz passieren wollte. Infolge des herrschenden Schneesturmes bemerkte Kullmann nicht das Vorhandensein eines Wagens. Er wurde von der Lokomotive erfasst und die verkrüppelte Leiche in den Schienen, jenseits der Tod des Verunglückten auf der Stelle eintrat.

Freiwitz, 18. Februar. Zum Doppelmord in Rangau. Die Verbringung der beiden ermordeten Frauen findet Dienstag Vormittag statt. Leider ist es noch nicht gelungen, den Mann, der als Täter wohl mittellich in Betracht kommt, zu ermitteln. Es ist ein Verwandter der Frau Erbener, der seit Mittwoch früh mit seiner Geliebten verschwunden ist. Mit der Festnahme der Mörder in Leipzig scheint es demnach nichts zu sein.

Glogau, 13. Februar. Der Herr Oberleutnant von dem Kreisgericht. Die unter Aufsicht der Öffentlichkeit geführte Verhandlung richtete sich gegen den Oberleutnant v. K. von der 2. Kompanie des Pionierbataillons Nr. 5. Nach der Anklage wird dem Offizier in zwei Fällen Ungehöriges aus einem Dienstbefehl und ausdrückliche Gehoramsverweigerung zur Last gelegt. Das öffentlich verurteilte Urteil lautete auf drei Monate Festungshaft.

Wrocław, 13. Februar. Die Stadtverordneten beschließen endlich den Bau eines neuen Volksschulgebäudes mit 3.000 Plätzen und genehmigen den Bauvertrag betr. den von der Regierung empfohlene Projekt des Bauers einer Kanalanlage der Kanalisation nach dem System Gmünder Brunnen mit Vorbehandlung für 24.000 Mk. Eine längere Diskussion zeigte das öffentliche Bauwerk Breslau-Wrocław, nachdem das Komtee weitergehende Forderungen als die der Stadtverordneten in letzter Sitzung beschlossen, gestellt hat. Die Stadtverordneten blieben auf ihrem Standpunkte stehen und waren mittels Resolution über den Antrag der Frau Dr. Löwenberg, wonach Breslau weit größere Opfer zu bringen bereit wäre als Wrocław.

Goldberg, 13. Februar. Ein halbwüchsiger Junge auf dem Gebirge des Galtzes zur „Erbwahn“ in der Dörren wurde am Mittwoch Morgen ein Knabe in halbwüchsiger Umkleide an gefunden, der ansah, daß er aus dem St. Nikolai Städtchen bei Jäg (Kreis Reichenbach O.S.) kam, was dem er mit noch drei anderen Jünglingen erwischt und mit der Frau wieder gelangt ist. Der Knabe ist 13 Jahre alt und nur leicht bekleidet.

Wrocław, 13. Februar. Versäuselte Liebe. Sonntagabend machte der Fabrikarbeiter Herr Schmidt seinen Lebens durch Erhängen in seiner Wohnung freiwillig ein Ende. Nicht erwiderte Liebe hatte ihn schon früher veranlaßt, alle möglichen Selbstmordversuche zu begehen und jetzt endlich seinen Lebens ein Ende zu machen.

Wrocław, 11. Februar. Aus der Partei. In der am 8. d. M. stattgefundenen Wahlvereinsversammlung wählte Gemeindeführer Schöps unseren verstorbenen Gemeindeführer einen Nachruf. Die Anwesenden erhoben sich von den Plätzen. Nach der Berichterstattung des Komitees wurde ein Wahlkomitee von zehn Personen gewählt, damit schon jetzt mit den nötigen Vorbereitungen für die Reichstagswahl begonnen werden kann. Das Wahlkomitee soll zusammen mit dem Vorstand die nötigen Arbeiten in die Hand nehmen. Nachdem noch unter Vereinsangehörigen verschiedene Sachen erörtert wurden, wird zum Schluß der Besprechung auf das am nächsten Sonntag stattfindende Volksfest hin und forderte zum zahlreichem Besuch derselben an.

Posen, 13. Februar. Von der Obersten Aufsicht. Auch der größte Baum auf der Obersten Aufsicht, der Baum der Obersten Aufsicht, geht schnell seiner Fertigstellung entgegen. Anfangs Dezember wurde mit der Arbeit begonnen und schon heute steht auf seiner 52 Meter hohen Stämme die Flagge zum Zeichen, daß die Eisenkonstruktion, die das stützende Gerüst von 1375 Tonnen hat, vollendet ist. Nach rund etwa 150 Arbeiter vom frühen Morgen bis in den frühen Abend hinein tätig, um das Werk zu Ende zu führen, denn schon Mitte März wollen die Arbeiter ihren Eingang halten, damit sie dem Besucher am Eröffnungstage die

Produkte der Obersten Aufsicht in reifester Durchführung präsentieren können. Für Ausstellungswecke dient das 2800 Quadratmeter große Baurüstwerk und weiter das erste Stockwerk des Turmes, während der oberste Teil in diesem Sommer einem Restaurant Aufnahme gewährt wird. Von den gewaltigen Dimensionen kann man sich einen annähernden Begriff machen, wenn man bedenkt, daß der Restaurationsraum noch 600 Quadratmeter groß ist und etwa 650 Personen bequem zu fassen vermag. Ein Personenaufzug stellt die Verbindung mit dieser luftigen Höhe her für diejenigen, die nicht Lust haben, die eiserne Wendeltreppe zu benutzen, die allerdings mehr als 200 Stufen hat.

Nach der Ausstellung geht der Turm, der einen Kostenaufwand von 525.000 Mark verursacht, für den Betrag von 265.000 Mark bekanntlich in den Besitz der Stadt Posen über und bezieht seine Tage als Wasserturm. Damit erhält Posen den größten Wasserturm Deutschlands; fast doch der Wasserbehälter, der in den letzten Restaurationsraum hineingebaut wird, nicht weniger wie 4000 Kubikmeter. Soweit bekannt, steht der nächstgrößere Turm mit etwa 3000 Kubikmeter in Gleiwitz, es folgen Hamburg und Bremen mit Türmen zwischen 2000 und 3600 Kubikmeter. Da für das Etatsjahr 1911/12 der gesamte Wasserverbrauch Posens auf 700 000 Kubikmeter, also im Durchschnitt auf täglich rund 2000 Kubikmeter, veranschlagt ist, so ist der neue Wasserturm in der Lage zwei volle Tage den ganzen Bedarf einer Großstadt von 157.000 Einwohnern zu decken.

Posen, 13. Februar. Gasvergiftung. Das Dienstmädchen Marianna Jakubak, Hloauerstraße 51 in Stellung wurde Freitag früh von ihrer Herrschaft im Bette liegend, tot aufgefunden. Das Mädchen hatte Freitag, wie alle Abende, die Dörren aufgemacht und die zum Teil noch glühende Asche in einen Eimer getan. Diesen hatte sie nicht, wie sonst, nach der Arbeit abgetragen, sondern mit in ihre Kammer genommen. Durch die sich entwickelnden Gase so b sie während der Nacht ihren Tod. Durch den sofort herbeigerufenen Arzt konnte nur der durch Kohlenoxydgasvergiftung eingetretene Tod festgestellt werden.

Posen, 13. Februar. Das Ende eines langjährigen Dramas. Am 23. d. M. findet vor dem Reichsgericht in Leipzig der letzte Akt eines Dramas statt, das Gericht und öffentliche Meinung seit Jahren beschäftigt hat. In dem Kampf um den kleinen Grafen Josef Mikulicz, der mittlerweile 14 Jahre alt geworden ist, hat Graf Stanislaw Mikulicz gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Posen vom 20. Dezember v. J., das den jungen Josef der Stationsvorsteherin Thelma Winer in Potsdam (Mähren) als Sohn antrug, Revision eingelegt, über deren Verurteilung das Reichsgericht nunmehr entscheiden wird.

### Aus Oberschlesien.

#### Große Bergarbeiter-Versammlungen.

Der Hauptanführer des Bergarbeiter-Verbandes, Paul Horn-Hoham, spricht über „Die Lohnkämpfe der Bergarbeiter in Deutschland“ in folgenden Versammlungen:

Zaborze-O. am Mittwoch, den 15. d. M., Vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn S. Freund, Freiwitz.

Zaborze-Foremba am Mittwoch, den 15. d. M., Nachmittags 6 Uhr, im Saale des Herrn Seidler.

Zaborze-Süd am Donnerstag, den 16. d. M., Nachmittags 6 Uhr, im Gewerkschaftslokal, Gartenstraße 27-29.

Es ist Ehrenpflicht, für guten Versammlungserfolg zu sorgen und besonders die Indifferenten anzusprechen.

#### Die Vertrauensärzte des Schiedsgerichts.

Das Schiedsgericht für Arbeitverhältnisse des Regierungsbezirks Oppeln hat in seiner letzten Sitzung die Vertrauensärzte für das Jahr 1911 gewählt. Es wurden bestimmt für die Sektionen des Schiedsgerichts in Oppeln: Sektionsleiter Dr. Schlieper und Dr. Wierick und praktische Ärzte Dr. Soufflot und Dr. Dittel; Dentschen O.S.: Sanitätsrat Dr. Franow; und Oberarzt Dr. Kraus; Königsbrunn: Dr. Piffner und Dr. Krafak; Gleiwitz: Gerichtsarzt Dr. Salzredl; Ratibor: Dr. Milten und Dr. Gehrig aus Reife.

Da die Personen fast dieselben geblieben sind, so wird auch das System daselbst bleiben. Die Wahlen wie die Arbeiterschaft überhaupt bezeichnen diesen Vertrauensärzten des Schiedsgerichts mit demselben Vertrauen, wie denen der Vertrauenspersonen, da die Leistungen dieser Ärzte außerordentlich gut waren, dieselben sind, und in ihrer Wahl werden sie von den Anhängern der Nichtvertrauensärzte erheblich ab. Aber offensichtlich ändern sich auch hier mal die Bedürfnisse und die Vertrauensärzte werden wirklich das Vertrauen aller.

Ober-Glogau, 11. Februar. Aus einer fromm-katholischen Gutsverwaltung. Die Verwaltung des hiesigen Gutsbesizers Oppersdorf zu Ober-Glogau hat, wie uns geschrieben wird, zwei neue Schulfächer dem Stadtschulrat übergeben, weil sie aus einem kausen Weidenruten etwa 10 Stück entwendeten, um damit zu spielen. Der Herr der Güter wurde vom Gendarm auf etwa 10 Pfennig geahndet. Nur der geringe Umstand, daß die beiden Freuler am größten Oppersdorfschen Privatgutes auch nicht das strafwürdige Alter erreicht hatten, rettete sie vor dem Gefängnis. Und das nur wegen einer kindlichen Spielerei. Ob der Graf

von einer, sagen wir, um seinen härteren Ausdruck zu gebrauchen, kleinen Handlungsweise seiner Untergebenen Kenntnis hat oder nicht, bleibt sich gleich. Jedenfalls ist es bezeichnend für den Geist, der in dieser frommen Verwaltung herrscht, wenn Schulfächer wegen einer Spielerei lebenslänglich das Kainszeichen des Gefängnisses an der Stirn tragen sollen. Freilich, der Graf wohnt in Berlin und widmet sich ausschließlich der hohen Zentrumspolitik. Deshalb ist es auch zu verstehen, daß ihm das Wohl und Wehe seiner Arbeiter gleichgültig ist. Davon zeugt auch die mangelhafte Beschaffenheit der Arbeiterwohnungen auf der Herrschaft Ober-Glogau. Soziale Fürsorge für die Arbeiter kennt man auf den Oppersdorfschen Gütern nicht. Es genügt, wenn der Besitzer nach außen hin Wind macht und dabei der Offenheit Sand in die Augen streut.

Die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums steht, wie wir schon oft bemerken haben, also nur auf dem Papier. Soffentlich merken sich das die katolischen Arbeiter bis zur nächsten Reichstagswahl und wählen an Stelle des arbeiterfeindlichen Zentrumsgrafen einen wirklichen Volksvertreter, nämlich einen Sozialdemokraten.

Oppeln, 13. Februar. Bürgermeisterwahl. An Stelle des am Winterrast verstorbenen zweiten Bürgermeisters Dr. Bodsch wurde Stadtrat Krüller-Königsbrunn von 57 Wählern zum zweiten Bürgermeister der Stadt Oppeln gewählt.

Ratibor, 13. Februar. Mutter und Sohn standen am Freitag wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und Zerrüttensraubes vor dem Schwurgericht: der 18 Jahre alte Zimmermann Ludwig Badura und seine Mutter aus Glogau, Kreis Kybnitz. Sie haben am 14. August den Oberhauer Josef Ballach auf dem Wege von Glogau nach Garsfeld überfallen, zu Boden geschlagen und Ludwig Badura hat dem Ballach die Uhr nebst Kette sowie ein Portemonnaie mit 10 Mark und einige Kleinigkeiten gestohlen. Ludwig Badura ist trotz seiner Jugend schon acht mal wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung vorbestraft. Die Geschworenen beschließen sämtliche Schuldfragen, liegen aber mildernde Umstände an. Ludwig Badura wurde zu zwei Jahren sechs Monaten, seine Mutter zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Neustadt O.S., 13. Februar. Wenn Menschen für solche gehalten werden. Am 25. November v. J. war eine Polonne Strafgefängnis vom hiesigen Gerichtsgefängnis in Holzahren beschlagnahmt. Dabei kamen sie an einer etwas heraufgehenden Stelle mit dem Wagen nicht gut vorwärts, weshalb sie vom Gefängnisleiter beschlagnahmt wurden. Der Richter Schöps, der dies beobachtete, machte denselben Vorhaltungen und sagte, wenn Pferde derart gequält werden, so ist die Bestrafung wegen Tierquälerei, das sind aber Menschen! Die vorerlegte Identifizierung des Gefangenenaufsehers stellte Strafantrag gegen Schöps wegen Verleumdung. Das hiesige Schöffengericht sprach Schöps jedoch von der Anklage frei. Die von der Staatsanwaltschaft hiergegen eingelegte Berufung wurde jedoch dieser Tage von der Strafkammer in Reife verurteilt.

Also wenn in soch frommen Neustadt O.S. die Menschen für solche gehalten werden, riskiert einer, zweimal auf die Anklagebank geschleppt zu werden.

Dentschen, 13. Februar. Vom Schlachtfelde der Arbeit. Auf der Schlammwache der neuen Grubenanlage bei Schöps ist in der vergangenen Nacht der 24 Jahre alte Praktikant Schwabenberger beim Montieren eines Luftkompressors von einem schweren Bohrer erschlagen worden.

Gleiwitz, 13. Februar. Ein Todes-Urteil. Zum Tode verurteilt wurde von dem hiesigen Schwurgericht in Gleiwitz der Zwickauer Arbeiter Kempa, der in Söden dem Weichenflecker Diale erst im Gehir die Hände an den Rücken band und ihn dann ermordete und beraubte.

Wrocław, 13. Februar. 110 Jahre alt. Oberschlesischen Blättern zufolge ist in Pilschen hiesigen Kreises ein Schuhmachermehrwitwe Wittmann im Alter von 110 Jahren gestorben.

Zaborze, 13. Februar. Unerwartetes Ende. Der 21-jährige Hüttenarbeiter Wankelom, ein nährlicher und ruhiger Mensch, erkrankte vor einigen Tagen an einer Anschwellung des Gehirns. Nach kurzer Behandlung wurde eine Operation vorgenommen, und W. dann dem Krankenhanke in Zaborze überliefert. Nach ganz kurzer Zeit stellte sich denkefliches Fieber ein. In seinem Fieberwahn sprang er aus dem Bett, öffnete das Fenster und sprang aus der weiten Gasse auf die Straße. Hierbei zog er sich durch schwere Verletzungen zu, daß er kurze Zeit darauf verstarb. Der Vater des Verstorbenen ist der Meinung, daß die Aufsicht eine ungenügende gewesen sei, er hat die Angelegenheit daher der Staatsanwaltschaft mitgeteilt.

Ruda, 13. Februar. Wie Proletarierkinder umkommen. Das dreijährige Kind des Ruiders Kofel geriet, als es sich Kaffee vom Ofen holen wollte, mit seinen Kleidern an den glühenden Ofen. Die Kleider zogen Feuer und das Kind zog sich schwere Verletzungen zu, denen es erlag. Vater und Mutter waren in der Arbeit.

Leobschütz, 13. Februar. Selbstmord im Gefängnis. Der unter dem Verdacht, seine Ehefrau im Ranche erschlagen zu haben, fänglich verhaftete Händler Anton Hoffmann aus Neuwiedorf hat sich im hiesigen Gerichtsgefängnis erhängt. Hoffmann hatte erst zu Weidenbach eine sechsmonatliche Gefängnisstrafe verbüßt. Er war ein Trunkebold und galt als ein hiesiger Katholik.

### 224. Königl. Preuß. Klassenlotterie.

2. Klasse 1. Hauptauszahlung, 10. Februar 1911. Samstag.

Die Gewinne fallen auf die bezüglichen Lose.

Für die Gewinne über 5000 Mk. sind in Klammern beigefügt.

(Die Gewinne über 5000 Mk. sind in Klammern beigefügt.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding ticket numbers.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding ticket numbers.

### 224. Königl. Preuß. Klassenlotterie.

2. Klasse 1. Hauptauszahlung, 10. Februar 1911. Samstag.

Die Gewinne fallen auf die bezüglichen Lose.

Für die Gewinne über 5000 Mk. sind in Klammern beigefügt.

(Die Gewinne über 5000 Mk. sind in Klammern beigefügt.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding ticket numbers.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding ticket numbers.